

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 38

Erscheint alle Sonnabende.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbenderstr. 17. Fernspr. 5, 8248.

Hamburg,

Sonnabend, 17. September 1910.

Anzeigen kosten die viergespaltene Zeile
oder deren Raum 40 Pfennig (der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Vereins-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile.

24. Jahrg.

Kollegen! Werbet Mitglieder, sorgt für weitere Stärkung des Verbandes!

Der Internationale Kongress.

Der Internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen hat am 8. September seine Arbeiten beendet. Er war von der Eröffnungsfest bis zur Schlussfeier im Rathaus eine machtvolle Demonstration der Einigkeit des Proletariats aller Kulturländer. Einen großartigen Empfang bereiteten die organisierten Arbeiter Dänemarks dem Kongress und demonstrierten in einem öffentlichen Umzug nach Søndermarken, wie wir ihn noch nicht gesehen haben. Hunderte von Fahnen führte der Zug mit sich, in dem auch die organisierten Straßenbahner, Postbeamten usw. in Uniform Gruppen bildeten. Daß deshalb der Staat Dänemark in die Brüche ginge, hat man bisher nicht gehört. Die Arbeiter Dänemarks haben sich in schweren Kämpfen das Recht der Koalition bis zu diesem Grade erworben und niemand darf es wagen, dies Recht anzutasten. Das Lehrte der Demonstration, an dessen Spitze zwei sozialdemokratische Wirtsgemeinden der Stadt Kopenhagen marschierten, eindringlich. Auch blieb der gewaltige Eindruck dieser Demonstration nicht ohne Einfluß auf den Kongress selbst. Wo so ein Beispiel organisatorischer Einigkeit und Festigkeit gegeben wird, muß auch die Einheit internationaler Verbindungen gehoben werden.

In letzterem Sinne hat sich der Kopenhagener Kongress in erfreulichster Weise betätigt. Seine einzige Aufgabe bestand ja in der Festigung der internationalen Beziehungen der gleichgesinnten Arbeiter aller Länder. Darum mußte er Störungen dieser Beziehungen, wo sie vorgekommen waren, entgegenzutreten und neue Bindemittel suchen, die die neue Internationale immer mehr befestigen. Das hat er getan.

Der Kongress zählte 887 Delegierte, die 23 Nationen vertraten. Die deutsche Delegation zählte allein 183 Mitglieder. Die Verhandlungen wurden in drei Sprachen geführt — deutsch, französisch und englisch.

Trotz dieser Schwierigkeiten kam es zur Verständigung in allen Fragen, die den Kongress beschäftigten. Gewiß befriedigen die gefassten Beschlüsse nicht allgemein, auch die deutsche Delegation war nicht mit allen Resolutionen vollkommen einverstanden, doch müssen die Schwierigkeiten berücksichtigt werden und die verschiedenen und besonderen Eigenarten bei den einzelnen Nationen, die hierbei in Betracht kommen, um zu einer engeren Verständigung zu gelangen. Fast alle Beschlüsse wurden einstimmig gefasst, nur bei dem österreichisch-schweizerischen Gewerkschaftsstreit standen die Arbeiter gänzlich isoliert.

Sehr eingehend behandelte der Kongress die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Fragen. Die Resolution zur Arbeitslosenfrage ist ein Kompromiß beider Richtungen. Sie fordert allgemeine, obligatorische Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Produktionsmittelbesitzer und unter alleiniger Verwaltung der Arbeiter, dazu Arbeitslosenstatistiken, Notstandsarbeiten zu gewerkschaftlich anerkannten Löhnen, außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosenklassen während der Krise, Beseitigung aller politisch nachteiligen Folgen bei öffentlicher Unterstützung von Arbeitslosen, Errichtung von Arbeitsnachweiser unter Wahrung der Gewerkschaftsinteressen und gefehlter Verfürzung der Arbeitszeit. Bis zur Bewirkung der allgemeinen, öffentlichen-rechtlichen und obligatorischen Arbeitslosenversicherung sollen die öffentlichen Gewalten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung finanziell fördern, ohne die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu beeinträchtigen.

Die Resolution zum Genossenschaftswesen fordert alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden und verlangt, daß in sozialistischem Geiste das Genossenschaftswesen ausgebildet werde.

Noch entschiedener kommt die Forderung einer einheitlichen Geschlossenheit zum Ausdruck in der Resolution,

die über die gewerkschaftliche Einheit beschlossen wurde. Die separatistische Bewegung tschechischer Gewerkschafter, die gegenwärtig den Kampf für die gewerkschaftlichen Ziele in Oesterreich empfindlich stört, gab hauptsächlich den Anstoß zu dieser Resolution, die aber auch andern Zersplitterern entgegentritt und einheitliches Vorgehen fordert. Entsprechend dieser Anschauung über gewerkschaftliche Einheit und in der Erkenntnis, daß die Sache der Arbeiter in allen Ländern die gleiche ist, mit allen Mitteln, d. h. auch mit der Unterstützung aller in allen Ländern vertreten und verfolgt werden muß, stellte der Kongress die Verpflichtung internationaler Solidarität fest. Bei großen Kämpfen hat leider manche Nation diese internationale Solidarität vernachlässigt. Frankreich, Belgien, besonders aber die Trade-Unionen Großbritanniens haben ihre Pflicht der Unterstützung in dem großen Kampfe der schwedischen Arbeiter nicht erfüllt. Das hat der Kongress den Säumnigen eindringlich zu Gemüte geführt. Hoffentlich wird diese Mahnung nicht umsonst gewesen sein.

Die Frage der Arbeitergesetzgebung hat schon oft auf den Tagesordnungen internationaler Kongresse gestanden. Neue Probleme sind auf diesem Gebiete nicht zu lösen; es handelt sich im wesentlichen darum, die seitherigen Fortschritte zu regimieren, die längst bekannten Forderungen zu wiederholen und die Arbeiterschaft aller Länder erneut auf den Kampf für bessere Arbeiterschutz- und Sozialgesetze hinzuweisen. Dem gab der Berichterstatter in einer vorzüglichen Rede namens der Kommission Ausdruck. Die von der Kommission vorgelegte Resolution wurde debattelos angenommen. Ein Teil der Engländer stimmte dagegen, weil ein Antrag ihrer Delegation, erneut in die Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit einzutreten, beim Kongress keine Gegenliebe fand.

Ebenfalls ohne Debatte gelangten Resolutionen zum Asylrecht und zur Marokkofrage zur Annahme.

Dann folgte ein wirkungsvoller Protest gegen die Todesstrafe. Und weiter ein entschiedenes Veto gegen den Massenmord des Krieges. Diese Resolution fordert energisch, in den Parlamenten die Maßnahmen zu bekämpfen und die Mittel dafür zu verweigern. Aber sie macht auch Vorschläge zur Verhütung der internationalen Streitigkeiten, sowie zur Beilegung etwaiger ausgebrochener Zwistigkeiten. Die Intrigen der 4 erst eem. s. i. durch öffentliche Verhandlungen über Politik beseitigt und damit eine Ursache zu Streitigkeiten beseitigt werden. Internationale Schiedsgerichte sind geeignet, kulturzerstörende Kriege zu vermeiden, sie werden aber auch freundliche und verständige Beziehungen zwischen den Völkern an die Stelle der künstlich hervorgerufenen Eifersüchteleien und nationalitäts-haßhaften Grundgebungen setzen, von denen nur die Ausbeuter der arbeitenden Klassen, die Gewalthaber der Staaten Vorteil haben.

Ferner gab der Kongress einer Reihe von Resolutionen einstimmige und begeisterte Zustimmung, die rohe und unmenschliche Gewalttaten gegen politische Opposition scharf verurteilen und den Protest wahrer Humanität und menschenwürdiger Toleranz zu sprechendem Ausdruck bringen. Die Schandtat politischer Gewalthaber in Persien und der Türkei sowohl wie in Rußland, Spanien und selbst in dem so rasch emporgestiegenen Japan, wo mit den Kleinlichsten, aber auch brutalsten Mitteln gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung vorgegangen wird, wurden im Kongress gebührend gegetzelt und an den Pranger gestellt.

Es kam deutlich auf dem Internationalen Kongress zum Ausdruck, daß die Arbeiterbewegung die großartigste Kulturbewegung der Gegenwart, ja aller voraufgegangenen Zeiten ist und daß ihr darum auch brutale Gewalttaten kein Ende bereiten können, sondern nur ihre innere Kraft und den weitestgehenden Unterschied zwischen ihr und ihren kulturfeindlichen Gegnern her-

vortreten lassen. Diesem kulturellen Hochstand der Arbeiterbewegung muß der Sieg in Gestalt der Durchsetzung und Durchführung sozialdemokratischer Ideen werden. Das ist die Zuversicht aller derer, die die geistige Kraft der Arbeiterbewegung zu beurteilen verstehen. Befreit wird einst die Menschheit aufatmen, wenn sozialistische Gemeinschaft sie aus Unfreiheit zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Genuß aller Güter, aller Errungenschaften des Geistes, aller Erzeugnisse ehler Arbeit geführt haben wird.

Nach begeisterten Schlussreden von Genossen Mollenhuth, Hillquitt (Amerika) und Faures (Frankreich) wurde unter den Klängen der Internationale der Kongress geschlossen. Der nächste Kongress findet 1913 in Wien statt.

Die neunte Delegiertenversammlung unseres Dänischen Bruderverbandes

fand im Anschluß an den Internationalen Sozialistenkongress vom 8. bis 9. September zu Kopenhagen im Volkshaus, Rådernesgade, statt. Punkt 1/21 Uhr erscholl von der Galerie der Willkommengruß des Gesangsvereins der Kopenhagener Kollegen. Darauf wurde die Delegiertenversammlung durch eine Begrüßungsrede des Verbandsvorsitzenden Rudolf Poulsen eröffnet. Der Vorsitzende des dänischen Gewerkschaftsbundes Carl Mathsen ließ die Anwesenden im Namen der organisierten Arbeiter Kopenhagens willkommen, worauf die Kollegen S. Th. Hansson vom schwedischen Malerverband, Die Raab vom norwegischen Malerverband, T. O. L. von unserer Organisation und Maar von dem österreichischen Bruderverband die besten Grüße überbrachten, in kurzen Zügen auf den Stand der Organisationen hinwiesen und dem dänischen Bruderverband, der allen in bezug auf Stärke und inneren Ausbau zum Muster diene, den besten Erfolg zu seinen Verhandlungen wünschten. Zu Vorsitzenden (Dirigenten) wurden die Kollegen B. Sundt, Mitglied des Hauptverbandes und Kollege Nielsen gewählt. Die Wahl des Bureau's, die Festlegung der Tages- und Geschäftsordnung sowie die Prüfung der Mandate erledigte sich ungeschnit rasch und präzis.

Anwesend waren 63 Delegierte und zwar hatten von den bestehenden 51 Filialen des Verbandes 43 Delegierte entsandt; außerdem waren die übrigen 8 Mitglieder des Hauptverbandes Ernst Carlsson, Chr. Christensen, B. Saurum, Axel Jensen, Th. Mathsen, Carl Olsen, S. Mathmussen und B. Sundt vertreten.

Zur Tagesordnung des 9. Delegiertentages standen u. a. die Punkte: Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Rassenbericht, Statutenberatung, Besprechung der fachlichen Verhältnisse: a) Beihilfsfrage, b) Gegenseitigkeitsverhältnis mit den Meistern, Festlegung der Gehälter, Wahl des Vorstandes und Festlegung des Ortes und der Zeit der nächsten Delegiertenversammlung.

Kollege Poulsen erstattete nun den vierjährigen Vorstandsbericht, vom August 1906 bis 30. Juni 1910. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der Geschäftsperiode, trotzdem auch das Malergewerbe unter den Folgen der schweren Wirtschaftskrise zu leiden hatte, eine sehr erfreuliche. Zählte der Verband 1906 in 40 Filialen 2681 Mitglieder, so umfaßt er jetzt 3058 Mitglieder in 51 Filialen. Brachte die vor zwei Jahren erfolgte Einführung der Arbeitslosenunterstützung, was eine Verdoppelung der Beiträge zur Folge hatte, in einigen Kreisen der Mitglieder auch eine gewisse Mißstimmung, die wohl vorauszu sehen war, so kann doch der dänische Bruderverband mit Stolz auf seine innere Stärke und die gute Disziplinierung der Mitglieder zurückblicken, denn über 95 Prozent sämtlicher Berufs-Kollegen in Dänemark stehen geschlossen in der Organisation, ja in Kopenhagen selbst,

wo gegen 1600 Kollegen beschäftigt sind, kennt man in keinem Malergeschäft, das überhaupt Gehilfen beschäftigt und als anständige Werkstelle bezeichnet werden will, unorganisierte Kollegen.

In sämtlichen Filialen hat in der verflochtenen Geschäftsperiode eine Erhöhung des Minimallohnes von 2-8 Dore (1 Mk. = 88 Dore) stattgefunden. In Kopenhagen, Aarhus und Gentofte-Ryngby besteht der höchste Minimallohn. Er beträgt 50 Dore, da aber z. B. in Kopenhagen fast ausschließlich in Akkord gearbeitet wird, beträgt der Durchschnittslohn 70-81 Dore. Wie die Löhne, Arbeitszeit zc. allgemein tariflich geregelt sind, so ist auch bei diesem Akkordsystem jede, auch die geringste irgendwie vorkommende Malerarbeit bis ins Detail im Preisregulativ verzeichnet und der dafür zu zahlende Lohn festgelegt. Allwöchentlich wird der Stundenlohn ausbezahlt und nach Beendigung der Arbeit der Restbetrag. Vorkommende Differenzen werden durch ein Schlichtsgericht geregelt. In den Provinzorten wird durchschnittlich in Stundenlohn gearbeitet, wird aber eine Arbeit in Akkord vergeben, so gilt die Preiskarte von Kopenhagen.

Da in den letzten Jahren die Lohnbewegungen auf gütlichem Wege geregelt werden konnten, konnte der Vorsitzende nur von einigen Streitfällen auf Schiffswerften und in einer Maschinenfabrik berichten. Die hierfür verausgabte Summe betrug 2321,33 Kronen.

Den Kassenbericht erstattete gleichfalls Kollege Poulsen. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 220 434,06 Kr., die Gesamtausgaben des Verbandes betragen 155 113,38 Kronen. Das Vermögen des Verbandes hat sich verdoppelt, es stieg von 65 085,79 Kronen im Jahre 1906 auf 130 406,47 Kronen am 1. Juli dieses Jahres.

Die sich anschließende Diskussion wurde in der ruhigsten und sachlichsten Weise geführt, wie wir sie in Deutschland nicht gewöhnt sind. Erhöhtem während der ganzen Dauer des Verbandstages keine bestimmte Redezeit festgelegt worden war, hielten sich die Diskussionsredner in den getönten Schranken und nutzten die Zeit nicht durch unnützes Wiederholen von schon Bekanntem aus. Bei der Statutenberatung wurde der Vorstandsbeitrag; Eine Einheitsmarke einzuführen für wöchentliche Beiträge angenommen. Es beträgt demnach jetzt der Beitrag für 26 Sommerwochen à 1 Krone, für 26 Winterwochen à 40 Dore.

Von diesem 36,40 Kronen betragenden Jahresbeitrag erhält: die Filiale 6,50 Kr., der Hauptvorstand 9,10 Kr. und der Arbeitslosenfonds 20,80 Kronen.

Eine sehr eingehende Diskussion brachte der Antrag, daß „die Mitglieder während der Arbeitslosigkeit vom Beitragszahlen zu befreien sind.“ Nach dem jetzigen Statut konnte ein Mitglied mit seinen Beiträgen drei Monate im Rückstande sein und konnte noch alle Rechte in Anspruch nehmen, bei 6 Monaten Rückstand hatte das Mitglied für die 3 letzten Monate keine statutarischen Rechte. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag, daß für Arbeitslose Freimarke eingeführt werden sollen, mit 53 gegen 14 Stimmen.

Das Reglement für Auszahlung von Reiseunterstützung wurde einstimmig aufgehoben, da es durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung überflüssig wurde.

Beschlossen wurde, daß jetzt an die Filialverwaltungen Beitragsmarken gesandt werden sollen und die Abrechnung vierteljährlich erfolgen soll.

Mitglieder, die 50 Jahre alt sind und 20 Jahre Mitglied des Verbandes waren, oder 60 Jahre alte Mitglieder, unbekümmert, wie lange sie dem Verbandsangehörten, zahlen das ganze Jahr, also für 52 Wochen à 40 Dore. Mitglieder, die 60 Jahre alt sind und auf die Arbeitslosenunterstützung reaktieren, zahlen in den 26 Sommerwochen pro Woche 40 Dore, in den 26 Winterwochen sind sie vom Beitrag befreit.

Beschlossen wurde ferner, auch für die Frauen der Mitglieder eine Sterbeunterstützung zu zahlen. (Sterbenunterstützung von 50 Kronen erhalten erst Mitglieder, wenn sie 10 Jahre dem Verbandsangehörten; sie steigt dann pro Jahr um 5 Kronen und erreicht im 20. Mitgliedsjahr den höchsten Satz von 100 Kronen.) Ein Antrag, eine Extra-Generalversammlung einzuberufen, wenn ein Drittel der Filialen dies beantragen, wird abgelehnt.

Zum Punkt Lehrlingsfrage wurde der Vorstand beauftragt, im Verein mit anderen Organisationen und der Sozialdemokratischen Partei dafür einzutreten, daß diese Frage im Folleting (Reichstag) geregelt werde.

Eine interessante Debatte brachte noch das „Gegenseitigkeitsverhältnis mit den Meistern.“ In Kopenhagen arbeiten unsere Kollegen auf Grund tariflicher Vereinbarung nur bei Meistern, die der Rang (Zunung) angehören und diese Meister beschäftigen nur Gehilfen, die unserm Bruderverband angehören. Sonderorganisationen kennen unsere dänischen Kollegen nicht. Für die Provinzorte besteht ein derartiges Verhältnis nicht. Eine Reihe Delegierter trat nun dafür ein, dies Verhältnis zu lösen und begründete ihr Vorgehen damit, daß das Stärkeverhältnis jetzt ein umgekehrtes sei gegenüber früher. Während früher die Meister eine geschlossene Organisation hinter sich hatten und den schwach organisierten Gehilfen ihre Macht nach jeder Richtung hin

fühlen ließen, steht heute der Verband der Malergehilfen als eine feste, geschlossene Einheit da, während die Anzahl Meister der Zunung nicht angehört, die Forderungen resp. tariflichen Verhältnisse aber ebenfalls genau respektieren. Die dänische Gehilfenschaft wisse wohl, daß im allgemeinen die Malermeister nicht zu den Scharfmachern gehören, sondern unter dem Kommando der Industriellen und Bauleute stehen, nichtsdessenungeachtet hätten sie aber auch keinen Anlaß, sich verpflichtet zu fühlen, nichtorganisierte Meister dem Meisterverband zuzuführen, wenn diese ein anständiges Lohn- und Arbeitsverhältnis einhalten. Es wurde beschlossen, daraufhin zu arbeiten, dies Gegenseitigkeitsverhältnis zu lösen; da, wo es noch nicht besteht, darf es unter keinen Umständen eingeführt werden.

Betreffs der Gehaltsfrage erfolgte keine Diskussion, die bisherige Festlegung bleibt bestehen. Von einigen Kopenhagener Delegierten wurde gewünscht, den Verbandsvorstehenden nicht weiter auch mit den Kassengeschäften zu belasten, doch war die übergroße Mehrheit der Delegierten anderer Ansicht. Ihr Vertrauen zu dem langjährigen Leiter des Verbandes beforderte die Delegiertenversammlung dadurch, daß sich sämtliche Anwesende durch Erheben von den Plätzen für die Wiederwahl des Kollegen Poulsen erklärten. Auch die übrigen Vorstandsmitglieder wurden per Stimmzettel wiedergewählt. Mit den Worten des Dankes für das erwiesene Vertrauen nahmen die gewählten Kollegen ihr Amt wieder an und versprachen, wie bisher im Dienste des Verbandes und der allgemeinen Arbeiterbewegung weiter ihre Schuldigkeit zu tun.

Die nächste, die 10. Delegiertenversammlung, findet im Jahre 1915 wiederum in Kopenhagen statt. In diesem Jahre kann dann unser Bruderverband auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken, so daß der Delegiertenversammlung auch die Jubiläumfeier verbunden wird. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, die hierzu nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Damit hatten die Beratungen des Verbandstages ihr Ende erreicht. Freitag den 9. September tagte dann die erste Delegiertenversammlung der Arbeitslosenklasse, worüber wir in der nächsten Nummer besonders berichten werden.

Die Entwicklung der Tarifverträge.

Das Kaiserlich statistische Amt bringt in einer Sonderbeilage zum „Reichs-Arbeitsblatt“ Nr. 8 eine umfangreiche Zusammenstellung über den Stand der Tarifbewegung in Deutschland im Jahre 1909. Es dürfte bereits bekannt sein, daß das Urmaterial zu diesen Zusammenstellungen vorwiegend von den Gewerkschaften geliefert wird; auch unsere Organisation unterbreitet alljährlich eine Aufstellung über die Tarifbewegung, die in dem folgenden Material mit verarbeitet ist.

Die Verarbeitung des Kaiserlich statistischen Amtes bietet reichliches Material, um Vergleiche über den Stand der Tarifbewegung anstellen zu können und wollen wir die wichtigsten Ergebnisse und Schlüsse im Auszug hier wiedergeben.

Das Material der vorliegenden Statistik der Tarifverträge des Jahres 1909, d. h. derjenigen Tarifverträge, deren Gültigkeit im Jahre 1909 begonnen hat, stammt von einzelnen Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden, von Arbeitnehmerverbänden und Gewerbegerichten. Die Anzahl der von den Arbeitgebern eingereichten Tarifverträge für 1909 (234) war, wie in den früheren Jahren, im Verhältnis zu der Zahl der von den Arbeitnehmern eingereichten Tarifverträge (2360 im Jahre 1909) zu gering, um auf ihnen eine Statistik aufbauen zu können. Die Einwendungen der Arbeitgeber sind nur zur Kontrolle und Ergänzung des Arbeitnehmermaterials benutzt worden. Dem gleichen Zwecke dienen die von den Gewerbegerichten eingereichten Tarifverträge. Die Statistik baut sich auf dem so kontrollierten und ergänzten Material der Arbeitnehmerverbände auf.

Wie im Vorjahre sind auch diesmal die Angaben auf den Nachweisungen im allgemeinen vollständig und erschöpfend gewesen, jedoch in Verbindung mit den zahlreich in Abschrift oder Original eingereichten Tarifverträgen selbst ein recht zuverlässiges Material zur Bearbeitung zur Verfügung stand. Erklärlicherweise beruhen allerdings manchmal einige der angegebenen Zahlen, insbesondere die Anzahl der von den Tarifverträgen erfaßten Betriebe und Personen, auf Schätzung.

Wie sich aus der Statistik ergibt, stehen den für das Jahr 1909 abgeschlossenen neuen Tarifverträgen (2360 mit 30 766 Betrieben und 236 116 Personen) 1765 Tarifverträge für 24 606 Betriebe und 219 882 Personen gegenüber, welche sich im Jahre 1909 durch Ablauf erledigt haben. Unter Berücksichtigung dieser Zu- und Abgänge erhöht sich der am 1. Januar 1909 vorhandene Bestand der Tarifverträge von 6981 Tarifen für 130 257 Betriebe und 1 055 654 Personen auf 6578 Tarife für 137 214 Betriebe und 1 107 478 Personen am Ende des Jahres 1909.

Vergleicht man die letzten drei Jahre miteinander, so ist berichtet worden:

für Ende des Jahres
1907 über 5324 Tarife für 111 050 Betriebe und 974 564 Personen,
1908 über 5671 Tarife für 120 401 Betriebe und 1 026 436 Personen,
1909 über 6578 Tarife für 137 214 Betriebe und 1 107 478 Personen.

Das Anwendungsgebiet der Tarifverträge hat sich also im Laufe der letzten Jahre wesentlich ausgedehnt.

Im Jahre 1909 sind 5 Reichstarife in Kraft getreten, und zwar:

1 Tarif mit 126 Betrieben mit 1578 Personen für Bäcker und Konditoren mit Gültigkeit vom 1. August 1909 bis 31. Juli 1914.

1 Tarifvertrag für 142 Betriebe mit 2240 Personen für Chemigraphen und Kupferdrucker mit Gültigkeit vom 1. Januar 1909 bis 31. Dezember 1913.

1 Tarif für 110 Betriebe mit 643 Personen für Xylographen mit Gültigkeit vom 1. April 1909 bis 1. April 1910.

1 Tarif für 54 Betriebe mit 620 Personen für Lichtdrucker mit Gültigkeit vom 31. Dezember 1909 bis 31. Dezember 1910.

1 Tarif für 45 Betriebe mit 1681 Personen für Lagerarbeiter, Markthelfer, Kontorboden, Hausdiener, Rutscher, Stalleute und Arbeiterinnen mit Gültigkeit vom 1. August 1909 bis 31. Juli 1914.

Registrieren wir die im Jahre 1909 in Kraft getretenen Tarifverträge nach Gewerbegruppen, so erhalten wir folgende Darstellung:

Gewerbegruppen	1909 in Kraft getretene Tarifgemeinschaften		
	Tarifgemeinschaften	Betriebe	Personen
Industrie der Steine und Erden	159	1200	11826
Darunter:			
Bearbeitung der Steine	94	522	7019
Glasarbeiter	10	73	2314
Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen usw.	128	3760	33006
Darunter:			
Klempner	29	947	4188
Schlosser	25	2243	15511
Maschinen, Heizer	16	172	5141
Textilindustrie	179	202	2574
Papierindustrie	16	399	2488
Gederindustrie	75	1303	6090
Darunter:			
Tapezierer	26	746	2978
Industrie der Holz- u. Schmitzstoffe	151	2595	19669
Darunter:			
Tischler	114	2268	16737
Industrie d. Nahrungs- u. Genussmittel	361	2053	19759
Darunter:			
Bäcker- und Konditorgewerbe	35	1166	3848
Braugewerbe	178	331	13373
Zigarrenarbeiter	93	452	1806
Bekleidungs-gewerbe	143	4108	23841
Darunter:			
Schneider	95	2425	17859
Schuhmacher	39	1591	4738
Reinigungsgewerbe	5	198	196
Baugewerbe	584	7019	79820
Darunter:			
Bauhilfsarbeiter	23	537	3276
Maurer	282	2963	58214
Rümpfer	119	972	6579
Maler	31	945	2199
Stukkatur-gewerbe	23	337	1813
Steinsetzergewerbe	56	323	4008
Holzgraphische Gewerbe	15	359	3777
Handelsgewerbe	43	318	8182
Verkehrsgewerbe	117	387	6522
Gast- und Schankwirtschaft	5	122	250
Sonstiges	109	186	12197
Summa	2090	24209	230196

Am meisten ist also bei den 1909 neu abgeschlossenen Tarifgemeinschaften das Baugewerbe (mit 25,0 v. H. aller Tarifgemeinschaften, 29,0 v. H. aller von Tarifgemeinschaften erfaßten Betriebe und 34,7 v. H. aller von Tarifgemeinschaften erfaßten Personen) beteiligt. Es folgt die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 17,3 v. H. aller Tarifgemeinschaften. Die Tarifgemeinschaften der anderen Gewerbegruppen bleiben unter 10 v. H. Im Vorjahre (1908) stand ebenfalls das Baugewerbe an der Spitze der neu abgeschlossenen Tarifgemeinschaften und zwar mit noch höheren Zahlen als 1909: mit 37,9 v. H. Tarifgemeinschaften, 52,8 v. H. Betrieben mit 61,5 v. H. Personen. Im Vorjahre stand die Gruppe Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen usw. an zweiter Stelle. Was die Anzahl der abgeschlossenen Tarifgemeinschaften anlangt, tritt diese Gewerbegruppe im Jahre 1909 hinter mehreren anderen zurück, doch ist ihr verhältnismäßiger Anteil an der Zahl der erfaßten Personen (14,3 v. H.) immer noch der größte nach dem Baugewerbe.

Nach Staaten bzw. Landesteilen zeigen die Tarifverträge folgende Gruppierung:

Staat bzw. Landesteil	Tarifgemeinschaften				Betriebe	Personen
	Anzahl	Betriebe	Personen	Personen		
Ostpreußen	20	7	5	32	433	5396
Westpreußen	13	4	9	26	404	5466
Berlin	59	12	8	79	2265	23033
Brandenburg	66	7	15	88	593	5088
Pommern	68	12	13	63	346	5922
Posen	9	6	6	21	181	1596
Schlesien	65	14	14	94	1395	24341
Sachsen	77	23	11	111	1345	10366
Schleswig-Holstein	52	13	19	84	916	8034
Hannover	70	24	16	110	821	5736
Westfalen	62	19	10	91	1151	5960
Hessen-Nassau	29	9	2	40	956	7217
Rheinland	49	24	12	85	1384	8627
Rheinprovinz	610	174	140	924	12195	117282
Rheinland						
Bayern	190	46	28	264	3303	28565
Sachsen	823	21	21	863	2126	25494
Württemberg	54	9	2	65	282	5787
Großherzogtum						
Baden	35	27	9	181	1248	9938
Hessen	20	4	1	25	101	1584
Mecklenburg-Schwerin	16	5	15	36	197	2160
Sachsen	10	4	1	15	70	409
Mecklenburg-Strelitz	2	1	5	8	28	493

Table with columns: Staat bzw. Landesteil, Tarifgemeinschaften (Betriebe, Dutz, Beteiligte, Gesamt), Weibliche, Personen. Lists states like Oberrhein, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, etc.

Aus der Uebersicht ergibt sich, daß die meisten Tarifgemeinschaften, wie auch im Vorjahr, im Monat April abgeschlossen wurden.

Es wurden abgeschlossen im Januar 61, Februar 56, März 191, April 323, Mai 268, Juni 180, Juli 172, August 144, September 118, Oktober 131, November 77 und Dezember 219.

Von den 2046 Tarifgemeinschaften, welche Bestimmungen über die Dauer des Vertrags enthalten, besitzt die größte Anzahl (835) eine Vertragsdauer von einem Jahr. Es folgen dann 460 Tarifgemeinschaften, deren Dauer über 1 1/2 Jahr bis 2 Jahre beträgt.

Bei der Mehrzahl aller Tarifgemeinschaften (1400) ist eine stillschweigende Verlängerung des Vertrags beim Ablauf seiner Geltungsdauer vorgesehen.

Eine Kündigungsfrist von über 2 bis 3 Monaten ist in den meisten Fällen (676) festgesetzt. Soweit eine Unterhandlungsfrist vorgesehen ist, beträgt sie meistens (bei 178 Tarifgemeinschaften) über 3 Monate.

Aus der Zusammenstellung geht ferner hervor, daß für die Mehrzahl aller Tarifgemeinschaften des Jahres 1909 (1117) Schlichtungs- und Einigungsorgane vorgesehen sind.

Für die Gewerbegruppen Textilindustrie, Papierindustrie, Lederindustrie, Bekleidungsindustrie, Reinigungsindustrie, poligraphische Gewerbe und Gast- und Schenkwirtschaft ist die tägliche Arbeitszeit bei allen Tarifgemeinschaften im Sommer und Winter gleich. Sonst ist sie manchmal im Sommer länger als im Winter.

Besüglich der täglichen Arbeitszeit war in den Tarifen vereinbart:

Table showing working hours by season (Sommer/Winter) and number of persons. Columns: Sommer, Winter, Tarifgemeinschaften, Betriebe, Personen.

Die wöchentliche Arbeitszeit betrug für 2322 Personen weniger als 48 Stunden. Die langen Arbeitszeiten von mehr als 60 Stunden wöchentlich sind hauptsächlich im Bergbau, in der Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel, aber auch in der Metallverarbeitung und im Baugewerbe zu finden.

Die Mehrzahl aller Tarifgemeinschaften (1406) enthält Bestimmungen über Pausen. Die Frühstückspause beträgt meist über 1/4 bis 1/2 Stunde einschließlich, die Mittagspause über 1 bis 1 1/2 Stunde einschließlich und die Vesperpause über 1/4 bis 1/2 Stunde einschließlich.

Für etwas über die Hälfte aller Tarifgemeinschaften (1139 von 2090) sind Angaben über den Stundenlohn männlicher Arbeiter gemacht worden. Im Vorjahre war das Verhältnis ein günstigeres, indem für 1359 Tarifgemeinschaften von insgesamt 1973 über den Stundenlohn männlicher Arbeiter Angaben vorlagen.

Ueber die Stundenlöhne für männliche Arbeiter gibt uns die Statistik folgende Angaben: Der niedrigste Vertragslohn betrug:

Table showing wage statistics for male workers. Columns: Tarifgemeinschaften, Betriebe, Personen. Rows: Für gelernte Arbeiter (Bis 25 Pfg., Ueber 25-35 Pfg., etc.), Für ungelernete Arbeiter, Für weibliche Arbeiter.

Danach war in den beiden Tabellen sowohl für gelernte als auch für ungelernete männliche Arbeiter die Stundenlohnstufe „über 35 bis 45 Pfg.“ am stärksten vertreten. Für gelernte Arbeiter trifft dies auch bezüglich der Anzahl der Betriebe und Personen zu.

Ueber den Wochenlohn männlicher Arbeiter sind Angaben für 532 Tarifgemeinschaften von insgesamt 2090 gemacht.

Im Vorjahre waren die Angaben über den Wochenlohn männlicher Arbeiter verhältnismäßig noch etwas weniger zahlreich (für 417 Tarifgemeinschaften von 1973). Erkennt man die Angaben über den Wochenlohn gelernter und ungelerner Arbeiter, so ergeben sich für die beiden letzten Jahre folgende Prozentzahlen:

Table showing percentage of workers by wage level. Columns: Tarifgemeinschaften, Betriebe, Personen. Rows: 1908, 1909. Sub-columns: für gelernte männl. Arbeiter, für ungelernete männl. Arbeiter.

In beiden Jahren weist der in den einzelnen Tarifgemeinschaften vorgesehene Wochenlohn geringere Unterschiede voneinander auf als der Stundenlohn. Bei den meisten Tarifgemeinschaften ist in den beiden Jahren sowohl für gelernte als auch für ungelernete männliche Arbeiter ein Wochenlohn bis 25 Mk. vorgesehen; was allerdings die Anzahl der Personen anlangt, so ist im Jahre 1909 ein Wochenlohn gelernter Arbeiter für 25 bis 35 Mk. für einen größeren Personenkreis vorgesehen als der Wochenlohn bis 25 Mk. während 1908 der letztere Wochenlohn auch die größte Personenzahl umfaßte.

Uebersunden männlicher Arbeiter werden ebenso wie Sonntagsarbeit und Nacharbeit meist mit einem Zuschlage bis zu 20 Pfg. oder zwischen 20 Proz. bis 50 Proz. vergütet.

Entsprechend der geringen Ausdehnung der Tarifverträge auf weibliche Arbeiter enthalten nur 131 Tarifgemeinschaften für 911 Betriebe und 80 139 (männliche und weibliche) Personen Bestimmungen für weibliche Arbeiter.

Bei 727 Tarifgemeinschaften für 15 169 Betriebe mit 138 636 Personen ist eine Entlohnung sowohl als Zeitlohn wie als Stillslohn (Mford) vorgesehen. Mehr Tarifgemeinschaften (966), aber mit einer geringeren Anzahl von Betrieben und Personen (6948 Betriebe und 77 218 Personen) enthalten nur Bestimmungen über Zeitlohn. 342 Tarifgemeinschaften für 1428 Betriebe und 11 793 Personen sehen nur Stillslohn (Mford) vor.

Bei 176 Tarifgemeinschaften für 5107 Betriebe und 33 246 Personen ist eine Lohngeheimhaltung bei Stillslohn (Lohngarantie bei Mfordlohn) verabredet.

Die Zusammenstellung des reichsstatistischen Amtes enthält außerdem noch spezialisierte Angaben über die Tarifkontrahenten, über die Art des Abschlusses usw. Ferner sind in der Statistik noch Angaben bezüglich der Entlohnung, bezüglich Wohnungsgeldzuschuß, Feuerungszulage, Hausstrom enthalten. Es würde zu weit führen, wollten wir auf alle diese Einzelheiten eingehen.

Vergleichen wir die aus den Tabellen sich ergebenden Durchschnittszahlen mit unseren 1909 getroffenen Tarifvereinbarungen, so können wir erfreulicherweise konstatieren, daß wir uns mit unseren Abschlüssen oberhalb dieses Durchschnitts bewegen.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909.

I. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Die wirtschaftliche Lage im Jahre 1909 war für die Kämpfe der Arbeiterklasse um Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht erheblich günstiger als die des Krisenjahres 1908. Die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur setzte erst im Laufe des Jahres und dann so allmählich ein, daß sie einen fördernden Einfluß auf die Zahl und den Umfang der Bewegungen nicht mehr auszuüben vermochte.

Es fanden insgesamt 6796 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung statt; daran waren 480 205 Personen beteiligt. Das Jahr 1908 wies dagegen 5837 Bewegungen mit 576 317 Beteiligten auf. Die Zahl der Bewegungen ist um 959 = 16,4 Proz. gestiegen und die Zahl der Beteiligten hat sich um 96 112 = 16,7 Proz. verringert.

Von den 6796 Bewegungen des Jahres 1909 verliefen 4507 = 66,3 Proz. mit 348 961 beteiligten Personen = 72,7 Proz. ohne Arbeitseinstellung; 1908 fanden 3607 derartige Bewegungen statt, woran 449 434 Personen beteiligt waren. Die Zahl der Bewegungen ist um 900 = 25,0 Proz. gestiegen, jedoch hat sich die Zahl der Beteiligten um 100 473 = 22,4 Proz. verringert.

Der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen dienten 3227 Bewegungen = 71,6 Proz. mit 288 327 Beteiligten = 82,6 Proz. und 1280 = 28,4 Proz. mit 60 634 Beteiligten = 17,4 Proz. wurden veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer.

Die Angriffsbewegungen endeten in 2243 Fällen = 69,5 Proz. mit 169 903 Beteiligten = 58,9 Proz. erfolgreich, in 556 Fällen = 17,2 Proz. mit 73 165 Beteiligten = 25,4 Proz. teilweise erfolgreich und in 921 Fällen mit 27 564 Beteiligten erfolglos. 107 Bewegungen mit 17 695 Beteiligten waren am Jahreschlusse nicht beendet. Unter letzteren befanden sich 48 Bewegungen des Brauereiarbeiterverbandes und 46 Bewegungen des Verbandes der Gemeinbedienten. Von den Abwehrbewegungen war der Ausgang in 989 Fällen = 77,3 Proz. mit 40 957 Beteiligten = 66,6 Proz. erfolgreich, in 171 Fällen = 13,4 Proz. mit 17 860 Beteiligten = 29,4 Proz. teilweise erfolgreich und in 119 Fällen mit 1872 Beteiligten erfolglos, eine Bewegung mit 545 Beteiligten war am Jahreschlusse nicht beendet.

Der Ausgang der Angriffsbewegungen war günstiger als im Jahre 1908, die mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen sind zurückgegangen, dagegen haben sich die erfolgreich beendeten Bewegungen absolut und prozentual erheblich vermehrt. Das gleiche kann leider nicht auch von den Abwehrbewegungen gesagt werden. Bei diesen sind die erfolgreich beendeten Bewegungen gegen das Jahr 1908 noch etwas weiter zurückgegangen. Daß sich die Zahl der mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen erhöht hat, will nichts besagen; denn bei den Abwehrbewegungen bedeutet „teilweiser Erfolg“, daß in Frage kommenden Arbeiter mit einer teilweisen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fürnehmten mußten.

Die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung veranfaßten eine Ausgabe von 113 182 Mk.; es waren daran beteiligt 47 Verbände.

Lohnbewegung.

1. Bezirk.

Hannau. Schon wiederholt wurde in früheren Jahren der Versuch gemacht, die Hannauer Kollegen der Organisation zuzuführen. In diesem Jahre scheint es nun endlich gelungen zu sein, die hiesigen Kollegen der Organisation dauernd gewonnen zu haben. Die Annahme dürfte um so berechtigter sein, da es möglich war, eine größere Zahl der ortsanfässigen Kollegen für unsere Sache zu gewinnen und daß nuncmehr die Lohn- und Arbeitsbedingungen erstmalig tariflich geregelt werden konnten. Jedenfalls dürfte damit die Grundlage für spätere Erfolge und die Möglichkeit des weiteren Ausbaues der Organisation gegeben sein. Am Sonnabend den 27. August fanden unter dem Vorsitz eines Hannauer Stadtrates als unparteiischen Vorsitzenden die Verhandlungen statt. Beschlössen wurde, entsprechend den Bestimmungen des Reichstarifes neben der Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich, in diesem Jahre eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde und einem weiteren Fernlohn ab 1. Januar 1911. Die Grundlöhne für Gehilfen über 20 Jahre betragen 1910: 87 Pfg., 1911: 88 Pfg., für Gehilfen unter 20 Jahre 83 bzw. 84 Pfg., für Anstreicher 80 bzw. 81 Pfg. pro Stunde. Im übrigen wurde der Schweißlötlöhner Tarif nebst der Leistungsnorm mit einer kleinen Abänderung als bindend akzeptiert. Das Tarifamt besteht aus 5 Arbeitgebern und 5 Arbeitnehmern. Davon sollen je 2 in Goldberg gewählt werden. Die neuen Bestimmungen treten mit dem 28. September

In Kraft und gelten für die Städte Haynau und Goldberg. Nun liegt es zunächst an den Haynauer und Goldberger Kollegen, ernstlich daran zu arbeiten, das Erreichte zur Durchführung und Anerkennung zu bringen. In Goldberg kommt es zunächst einmal darauf an, eine fräftige Organisation zu schaffen. Als Obmann der Arbeitnehmer wurde Kollege Grünfeld gewählt, an den alle Beschwerden zu richten sind. Wir erwarten von den Kollegen, daß jeder seine ganze Kraft in den Dienst der Sache stellt und mit uns gemeinschaftlich arbeitet, das gesteckte Ziel zu erreichen. Jeder auf seinem Posten, jeder erfüllt seine Pflicht.

2. Bezirk.

Die Sperren gegen die Werkstellen Felbmann, Forst und Rauch in Bischofsheim bei Mainz wegen Nichtanerkennung des Sondertarifs bestehen weiter. In Forbach (Zahlstelle der Füllale Saarbrücken) wurde an die dem Arbeitgeberverband angehörenden Meister der Antrag gestellt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der Grundlage des Reichstarifs zu regeln. Die Meister lehnten jedoch eine Verhandlung mit der Begründung ab, daß sie mit der Füllale Saarbrücken nichts zu tun hätten, da sie dem Bezirksverband Lothringen angehören; wenn wir Verhandlungen wünschten, so sollten wir uns an den Landesverbandsvorsitzenden wenden. Auf ein nochmaliges Schreiben, worin auf die trübselige Auffassung der Meister hingewiesen wurde, ist eine Antwort noch nicht ergangen. Dem Landesverbandsvorsitzenden ist der Sachverhalt mitgeteilt; hoffentlich greift dieser alsbald ein, damit auch für Forbach die Lohn- und Arbeitsverhältnisse alsbald im Sinne des Reichstarifs geregelt werden.

Saarbrücken. Wegen Nichtanerkennung des Sondertarifs wurde über die Firma Peter Braun die Sperre verhängt.

Ladlerer.

Der Zug von Ladlerern nach den Maxos-Schmiedewerken zu Frankfurt a. M. ist immer noch ferngehalten, da der allgemeine Streik noch weiter besteht.

B. Bezirk.

In Wilhelmshurg bei Hamburg sind die Differenzen geregelt, nachdem die beiden Firmen Schumann und Milde den Tarif anerkannt haben.

Bremerhaven. Vergangene Woche wurde von Leutenborgs Werk Arbeit an Privatmeister vergeben (Strellarbeit). Den Zuschlag hat ein Malermeister aus Bremerhaven namens Wähler erhalten und versucht nun Gehilfen „bis 30 Mann“ zu werben. Die Kollegen werden ersucht, dies zu beachten. Nach allen Berichten, wo die Werftarbeiter sich im Kampf befinden, muß Zug ferngehalten werden.

4. Bezirk.

Münster. Die Sperre über die Werkstelle Mündelein in Münster i. W. hat nach efflägiger Dauer mit einem vollen Erfolg für unsere Kollegen geendet. Herr Mündelein, welcher Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, mußte sich herbeilassen, durch einen schriftlichen Vertrag für die Folge den Reichstarif anzuerkennen und den striktigen Lohnrest, der Veranlassung zu der Sperre gegeben hatte, herauszuzahlen.

5. Bezirk.

Nach Freiberg i. S. und Görlitz ist Zug ferngehalten. In Freiberg erkennen die Arbeitgeber den Reichstarif nicht an und in Görlitz hat der Arbeitgeberverband den Tarif gebrochen.

Für Ladlerer ist noch die Waggonfabrik von Gottfried Lubner, Nummendorf b. Halle zu meiden. Auch in den übrigen Metallbetrieben bestehen in Halle Differenzen.

6. Bezirk.

In Ulm wurde auf Beschluß des Ortsarbeitsamts über die Werkstelle Goldner die Sperre wegen Schmutzkontinenz verhängt.

In Schw.-Gmünd sind wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Werkstellen J. Hörner und Hartmann gesperrt.

Freigeleichen in Juffenhäuser die Werkstelle G. Friedhofer.

In Feuerbach sind ebenfalls wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Werkstellen G. Unger und Böger gesperrt.

Friedrichshafen ist mit Ausnahme der Werkstellen S. Ott und J. Weghaar gesperrt. Wir ersuchen, diesen Ort vollständig zu meiden.

Aus unserem Berufe.

Kiel. Nach siebenmonatiger Verhandlung ist endlich der Tarifvertrag fertig. Als am 17. Januar der noch nicht in allen Teilen fertiggestellte Reichstarifvertrag in Kraft trat, da mögen wohl die meisten Kollegen geglaubt haben, daß über die noch drückenden Läden des Tarifvertrages zwischen den vertragsschließenden Organisationen halb eine Einigung erzielt würde. Diese Hoffnung aber sollte an der Halsstarrigkeit der Arbeitgeber scheitern. So ist es denn gekommen, daß das Ortsarbeitsamt seine Arbeiten erst am 24. August als beendet betrachten konnte und nun erst konnte der Tarif in Druck gegeben werden. Wenn man sich nun fragt, welches waren die Streitobjekte, so könnte man antworten, daß, wie in vielen Orten, sich auch die Arbeitgeber in Kiel weigerten, den Ausgleichspennig zu zahlen. Daß die Arbeitgeber nicht im Automobiltempo arbeiten, sondern ein Schnecken tempo vorziehen, wenn Forderungen gestellt werden, ist jedem Kollegen hinreichend bekannt. Daß aber ein so äußerst langsamer Schnecken gang angewandt wird, wie in Kiel es der Fall war, kommt doch selten vor. Am 19. Februar trat auf unser Drängen hin das Ortsarbeitsamt erstmals zusammen. Es sollte, bevor die Verhandlungen aufgenommen wurden, ein unparteilicher Vorsitzender gewählt werden. Gewählt war der unparteiliche Vorsitzende eigentllich schon in der Jungmännerversammlung; uns wurde die Wahl desselben nur unterbreitet und sollten wir unsere Zustimmung geben. Dieser uns als unparteilich vorgeschlagene, von den Arbeitgebern bereits gewählte Herr

Stadtrat Freyse wurde, weil schon in der erwähnten Jungmännerversammlung darauf hingewiesen war, daß Herr Freyse der richtige Mann sei, die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten, von uns abgelehnt. Der hierauf von uns in Vorschlag gebrachte Magistratsassessor Dr. Mülhberg (Gewerbedirektor) wurde von den Arbeitgebern, ohne daß sie Gründe hierfür anführten, abgelehnt, so daß es zu keiner Einigung kommen konnte. Die vierwöchige Suche nach einer anderen unparteilichen Person, der der Vorstoß des Ortsarbeitsamtes übertragen werden konnte, war ohne Erfolg. So wurde denn ohne einen Unparteilichen am 23. März in Verhandlungen eingetreten. Diese nahmen nun, wenn auch langsam, doch einen gedeihlichen Verlauf. Alles wäre jedenfalls in schönster Ordnung gewesen, wenn wir nicht die Zahlung des Ausgleichspennigs verlangt hätten. Darauf verzichteten konnten wir aber nicht ohne uns selbst zu schädigen und dazu hätten wir gewiß keine Ursache. Da wir auf Widerstand bei den Arbeitgebern gefaßt waren, hatten wir eine Erhebung vorgenommen, um den Lohnausfall, der bei Festsetzung der Lohnzuschläge und Fahrvergütungen des Reichstarifvertrages gegenüber dem früheren Tarifvertrag entsteht, ziffernmäßig nachweisen zu können. Nichts ist aber leichter, als zu sagen, die Zahlen, womit sie operieren, sind fingiert, und dieses taten die Arbeitgeber. Nach weiteren sechs Wochen Stillstand hatten die Arbeitgeber ebenfalls eine Erhebung, ob der Ausgleichspennig zu zahlen sei oder nicht, vorgenommen. Wie vorauszusehen war, hatten die Arbeitgeber einen Mehrerwerb für die Gehilfen herausgerechnet und zwar einen solchen von 39.101 Mk. Wer dieser famose Rechenkünstler gewesen ist, kann leider nicht angegeben werden; wir vermuten aber, daß es der Obermeister Tant ist. Dieser Herr hat jedenfalls schon gehabt, daß die Meister von der Zahlung des Ausgleichspennigs nicht frei kommen und hatte dann eine Berechnung aufgestellt, die aller Logik und Sachlichkeit entbehrte. Hatte doch dieser Rechenmeister sich nicht geniert, obgleich ein Stundenlohn von 61 Pfg. bezahlt wurde, den Lohnzuschlägen für Ueber- und Nachstunden sowie für Sonntagsarbeit einen Stundenlohn von 63 Pfg. zugrunde zu legen. Ja selbst der Ladlerer tarif, der vollständig gesondert ist, mußte mit herhalten, um die Mehrleistung der Arbeitgeber nachweisen zu können. Jeder vernünftige urteilende Mensch würde die Berechnung nicht anerkannt haben, die Arbeitgeber aber leiteten auf Grund ihres Ergebnisses die Zahlung des Ausgleichspennigs ab. Die eingelegte Berufung beim Gantarifamt hatte dann, wie nicht anders zu erwarten war, den Erfolg, daß die Arbeitgeber verpflichtet wurden, den vierden Pfennig Lohnzuschlag zu zahlen. Somit ist für Kiel eine Lohnhöhung von 4 Pfg. eingetreten. Die Mehraufwandsnorm, die die Arbeitgeber nur zugestimmt hätten, um den Ausgleichspennig illusorisch zu machen, wollten sie nun rückgängig machen. Aber auch hierin hatten sie, weil nicht rechtzeitig Berufung beim Gantarifamt eingelegt war, kein Glück, um so weniger, als sie sich bereits mit der vom Ortsarbeitsamt festgesetzten Norm einverstanden erklärt hatten. Nach elftägigen Wochen weiterer Verhandlungen ist denn endlich am 24. August der Tarif fertiggestellt. Bei etwas gutem Willen der Arbeitgeber hätte dies auch schon früher geschehen können. Jedenfalls hätte dann auch ein ganz Teil Sitzungen des Ortsarbeitsamtes, die sich mit Tarifverträgen zu beschäftigen hatten, welche teils auf Unkenntnis der Tarifbestimmungen zurückzuführen waren, erspart werden können. Die Frage der Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises liegt noch in der Schwebe. Auch hier mußte, da die Arbeitgeber den paritätischen Arbeitsnachweis nicht errichten wollen, das Gantarifamt entscheiden. Herr Behrs verließ sich sogar in einer Ortsarbeitsamtsitzung zu der Behauptung, daß der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes so unparteilich geführt würde, wie kein paritätischer Arbeitsnachweis geführt werden kann und hätten die Arbeitgeber daher keine Veranlassung, etwas Neues zu schaffen. Von ihrem Standpunkt aus glauben wir das schon, aber wir sind anderer Meinung in dieser Frage.

Jähle des Landlebens. Aus Dithmarschen und von den Städten der Westküste Schleswig-Holsteins Heide, Husum, Lönbern und Friedrichstadt werden wohl selten mal Nachrichten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Gewerbe an die Öffentlichkeit gelangen. Die Kollegen in diesen Ortschaften sind meistens unorganisiert und leben so in den blauen Dünst hinein. Falls sie einmal ihre Arbeitsstelle verändern, ist es ein anderes Dorf in diesem Distrikt, wo sie dann wieder in Arbeit treten. Die Meister in diesen Städten und Dörfern wissen dieses auch wohl für sich auszuheuten. Kost und Logis haben sie für ihre Leute im Hause, die Zimmer, in welchen die Gehilfen ihre Logis haben, befinden sich in Zuständen, die es Fremden unmöglich machen, dort länger zu bleiben. Das Zusammenklaffen ist keine Seltenheit.

Den Arbeitsnachweis für die Westküste besorgt meistens der „Nordische Kurier“; es werden aber fast immer junge Gehilfen gesucht, da sich diese bekanntlich leichter ausbilden lassen und sie ja auch leeren Versprechungen auf Winterarbeit leichter zugänglich sind. Mit weitestgehenden Augen hören die Kollegen wohl den „Fremden“ von besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen in anderen Städten erzählen, aber sie bleiben in ihrer Neben Heimat und schließen sich in ihr hartes Los. Es würde wohl jeden fremden Kollegen ein Schauer durchrieseln, wenn er das Logis eines Kollegen beim Malermeister Homann in Büttel besuchen würde. Die Breite des Zimmers ist ungefähr 1 1/2 m; da keine zwei Betten in demselben stehen können, so sind sie wie in der Kaserne aneinander gestellt. Der Belegungs schläft unten und muß der Gehilfe abends die erste Etage bestiegen. Ein an die Wand geklapptes Brett dient als Tisch. Dieses „Logis“ liegt dicht an der Westküste und ist mit dieser durch eine kleine Tür verbunden. Der ganze Farbensinn ist daher in diesem Loch zu spüren, namentlich dann, wenn ein Wagen in Arbeit ist, denn der Meister hat gleichzeitig eine sogenannte „Wagenladlererei“. Wie mag sich nun erst ein Lehrling freuen, der volle vier Jahre in einem solchen Loche gehaust hat, und nachher als Gehilfe andre Verhältnisse kennen lernt. Kein Wunder, wenn solche junge Leute, falls es in Kiel, Hamburg oder anderen norddeutschen Städten zum Streik kommen sollte, dorthin reisen und Streikbrecher spielen, denn sie werden sich dort wie im Himmel fühlen. Hoffentlich werden auch ihnen einmal die Augen geöffnet werden.

In Melbors, der kleinen Hauptstadt Sildersbittmarschens, wo schon die Maurer und Zimmerer handbrechend vorgegangen sind, mußte der Anfang auch für unsere Verband gemacht werden. Von hier aus würde sich die Organisation zum Eigen der Gehilfen an der Westküste mit den vielen Dörfern, so namentlich im Sommer viele Gehilfen Arbeit haben, ausbreiten und die Ausbeutung der Gehilfen hätte ihr Ende erreicht. Noch von einem andern „schönen Logis“ kann ich von Heinstedt berichten. In diesem Logis war auch ein altes Tapetenlager. Es wurde mir jedoch gleich vom Arbeitgeber Malermeister Schliecher daselbst gesagt, daß, falls es regnen würde, es auch durch die Decke regnet. Bei Regenwetter mußte das Bett daher nach den trocknen Stellen verschoben werden. Zum Frühstück gab es morgens den harten und ganz unüberwindlichen Dithmarscher Käse, derselbe läßt sich weit eher mit einem Messer denn mit einem Messer zerlegen. Das Essen war überhaupt sehr schlecht. Meister Schliecher freilich meinte, er habe es anderswo im Dithmarschen als Geselle auch nicht besser erhalten. „Ja, das höre ich wohl“, meinte er dann, wenn ich ihm von besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen erzählte, „unserer hat 30 Jahre zu sehr gelebt!“ Als ich vor dem Mittagessen Seife verlangte, meinte er: „Datt laien Se man sien, datt is so ganz unnödig, de Hänn werd doch wedder smuwig.“ Er selbst wusch sich auch vor dem Essen niemals. Wie würde nun wohl ein solcher Meister stammern, wenn er die Bundesratsverordnung genau einhalten, dem Gehilfen außer Seife auch noch Handtuch und Rasierbürste liefern müßte. Er würde mit freundlichem Grinsen solch ausverschämten Menschen bald entlassen. Entlassen mögen sich die Kollegen an dieser kleinen Blütenlese erbauen. Es wäre nicht schwer, die Betrachtung noch weiter auszubehnen.

Gera. Am Sonnabend den 27. und Sonntag den 28. August hielt die Filiale Gera ihr 25jähriges Stiftungsfest in den Räumen der Hochschule, Untermhaus, ab. Schon am Sonnabend zum Kommerz hatten sich die Kollegen von Weida eingefunden, um das Fest mit verschönern zu helfen. Alle Darbietungen sowie die Festrede des Vorsitzenden, welcher in seinen Ausführungen die Entstehung der Filiale und den Ausbau des Verbandes schilderte, wurden mit großem Beifall aufgenommen. Am Sonntag morgen wurde ein Spaziergang, dem sich die Greizer Kollegen anschlossen, nach dem schön gelegenen Heimbürg unternommen. Nachmittags hatten sich zum Konzert viele Gewerkschaftsmitglieder eingefunden. Alle lauschten dem Spiele des Pilsener Musikerverbandes, denn dieser hatte ein treffliches Programm gewählt. Ein Festball hielt die Kollegen noch lange beisammen. So verließ die Feier zur vollen Zufriedenheit aller Teilnehmer und sei besonders den Kollegen, welche dazu beitrugen, das Fest zu verschönern, gebaukt. Wir wollen aber hoffen, daß das brüderliche Zusammensein der Kollegen bald reife Früchte für unsere Organisation trägt, daß sie sich, wie zum frohen Feste, auch zu ernster Arbeit einfinden, damit der Verband in unferm Orte in der Lage ist, seine Aufgabe in allen Stücken zu erfüllen.

Hamburg. Die hiesige Filiale hielt am 2. September im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Versammlung ab. Es war dies die erste Versammlung nach der Verschmelzung mit dem neuen Zentralverband, und mußte gemäß § 9 der Uebertrittsbedingungen hier eine Neuwahl der Filialverwaltung stattfinden. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, erklärt Hink, daß nach den Beschlüssen des jetzt übergetretenen Verbandes nicht nur die Verwaltung, sondern sämtliche Funktionen der Filiale, hierzu gehören insbesondere die angestellten Hauskassierer, ihr Amt niederlegen sollten, er werde daher bei dem zweiten Punkt: „Regelung der Gehälter der Hauskassierer“, einen diesbezüglichen Antrag einbringen. Lange tritt diesem Verlangen energisch entgegen, weil die Hauskassierer absolut keinen Einfluß auf die Leitung der Filialgeschäfte haben. Mit diesem Antrag würden die jetzt Uebergetretenen nur dokumentieren, daß es ihnen in erster Linie auf die Befehung der bezahlten Posten ankomme. Nunmehr wurden zwei neugewählte Kommissionen zur Durchführung der Wahlen eingesetzt. Von den vorgeschlagenen Kollegen sind Geherz, Donn, Meister und Hink bereit, den Posten als ersten Vorsitzenden anzunehmen. Letzterer erklärt, das Amt aber nur dann annehmen zu wollen, wenn es in Zukunft nicht mehr besoldet wird und begründet diesen Antrag damit, daß er dem Vortour die Spitze abbrechen will, er habe Kollegen aus ihrer Stellung verbängen wollen und sich mit seinem Vorgehen eine Anstellung verschafft. Der Vorsitzende erklärt, diesen Antrag vorläufig nicht zur Debatte zu stellen, sondern nur einen Redner dafür und einen dagegen sprechen zu lassen. Er selbst spricht dagegen und führt aus, daß es in einer so großen Filiale, wie Hamburg, vollkommen unmöglich ist, die Geschäfte von einem unbesoldeten Bevollmächtigten führen zu lassen. Derselbe würde zu einer reinen Ueberwachungs person herabsinken, worunter die Entwicklung der Filiale sehr leiden würde. Außerdem wäre es undenkbar, daß nur ein Beamter die Arbeiten bewältigen könne. Hink motiviert seinen Antrag damit, daß Logis nicht in der Lage ist, einer großen Filiale selbstständig vorzustehen. Da H. im übrigen ein gewissenshafter Bureaubeamter ist, so könnte er als solcher weniger fungieren; denn es ist eine Härte, ihn jetzt zu entlassen, da er früher eine gut bezahlte Stelle wegen dieses Postens aufgegeben habe. Ubrigens will er aber den Beweis liefern, daß er auch gewillt ist, praktische Mitarbeit zu leisten. In der jetzt folgenden Abstimmung, ob der Antrag weiter zur Debatte gestellt werden soll, oder nicht, wird beschlossen, nicht weiter darüber zu diskutieren. Ebenfalls beschließt die Mehrheit, das Amt des ersten Vorsitzenden in Zukunft nicht mehr zu besolden. Vollmann erhebt Protest, daß ein so tief in die Verhältnisse der Filiale einschneidender Antrag zur Abstimmung kommt, ohne den Kollegen Gelegenheit zu geben, in einer Diskussion dazu Stellung zu nehmen und beantragt, jetzt noch die Debatte über diesen Antrag zu eröffnen. Der Antrag Vollmann wird, nachdem Mählensbrunn dagegen gesprochen hat, abgelehnt. Scholl-Bergedorf hofft, daß diese Wahl von prinzipieller Bedeutung ist, und der Anfang eines Kampfes gegen den Reichstarif sein wird, und glaubt, daß Hink in erster Linie der geeignete Kollege ist, diesen Kampf zu führen. Redner legt den jetzigen Beamten zur Last, daß Verträge

dorf durch Gantarisamtsbeschluss an das Ortsaristamt Hamburg angeklagt ist, trotzdem es ein Recht darauf hat, ein eigenes Tarifamt zu bilden. Lassen führt aus, daß Gehlert das Amt früher niedergelegt hat, weil er ihm unter den früheren und jetzt wiederhergestellten Verhältnissen nicht mehr vorstehen konnte. Gehlerts Kandidatur habe auch wohl nur den Zweck, Hint aus dem Sattel zu heben. Von allen den Vorgesetzten habe nur Meister im Kampfe gegen den Reichstarif ausgeharrt und dabei treu zum Verbands gehalten. Hint wäre den Anforderungen, die an den ersten Vorsitzenden gestellt werden, auch nicht gewachsen. Liebtich bedauert, daß Apitz abgelehnt hat, den Posten unter den veränderten Verhältnissen anzunehmen. Zimmermann schlägt Lonn als den Befähigsten von allen vor. Hint habe bisher noch nicht für die Fällale gearbeitet und Lonn man ihm schon aus diesem Grunde das verantwortungsvolle Amt nicht anvertrauen. Mühlendrink ist der Ansicht, daß Lonn für die Wahl ausscheiden muß, weil er vom Hauptvorstand abhängig ist. Hierauf wird ein Schlussantrag angenommen. Apitz gibt die Erklärung ab, daß er nur deshalb verzichtet hat, weil das Amt unter den jetzt geschaffenen Verhältnissen nicht gewinnhaft verwaltet werden kann. Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat: Abgegeben werden 705 Stimmzettel, davon erhalten Hint 439, Gehlert 178, Lonn 46 und Meister 17 Stimmen. Ungültig oder weiß sind 26 Zettel. Hint ist somit als erster Vorsitzender gewählt. Für den Kassierposten kommen de Haas, Sommer, Grobleben, Freese, Meister und Nahr auf die Vorschlagsliste. Die Debatte über die einzelnen Personen nimmt teilweise recht gefällige Formen an. Hint, Niers und Levi treten für Sommer ein, der schon als Krankentassenkassierer den Beweis geliefert hat, daß er die nötigen Fähigkeiten besitze, wohingegen de Haas uns im Kampfe gegen den Reichstarif im Stiche gelassen habe. Von Variels und Lassen wird darauf hingewiesen, daß de Haas während seiner langjährigen Tätigkeit zur vollen Zufriedenheit gearbeitet habe und wir nie einen zuverlässigeren Beamten bekommen werden. Es erhalten de Haas 320, Sommer 300, Grobleben 18, Freese 80, Meister 7 und Nahr 2 Stimmen. Ungültig oder weiß sind 25 Zettel. In der Stichwahl erhalten de Haas 314 und Sommer 278 Stimmen. De Haas ist somit wiedergewählt. Ein Antrag von Hint, in Zukunft den zweiten Vorsitzenden mit Gehalt anzustellen, wird angenommen und wird Apitz als solcher per Affirmation gewählt. Als Schriftführer wird Meister ebenfalls per Affirmation wiedergewählt. Als Beisitzer entsallen auf Grobleben 241, Gehlert 312, Levi 284, Niers 140, Liebtich 217, Hauptly 138, Hufscheld 116 und Weder 45 Stimmen. Gehlert ist gewählt; zwischen Levi, Grobleben, Liebtich und Hauptly hat Stichwahl stattgefunden. Hint schlägt vor, zur Vorbereitung des zweiten Punktes der Tagesordnung eine Kommission einzusetzen, doch werden, weil schon nach Mitternacht, die noch nicht verhandelten Punkte, darunter der Antrag Meyer, betreffs Verweigerung des Beitrags zum Gewerkschaftshaus, vertagt.

Mannheim-Ludwigshafen. (Zur Situation.) So vielversprechend die Aussichten auf Arbeitsgelegenheit zu Anfang dieses Jahres waren, so wenig sind diese Hoffnungen in Erfüllung gegangen. Wenn auch eine größere Vantätigkeit zu verzeichnen war, so hat doch der Kampf im Baugewerbe, namentlich die 18 Wochen dauernde Giperauspernung, eine Verminderung von Arbeitsgelegenheit für unsere Kollegen zur Folge gehabt, was sich finanziell recht unangenehm für dieselben bemerkbar machte. So hatten wir z. B. im Juni 64 arbeitslose Kollegen mit durchschnittlich 12 Tagen Arbeitslosigkeit und einem Gesamtlohnverlust von 2665.15 Mk. Dies ist eine Erscheinung, die bisher um diese Jahreszeit hier nicht zu verzeichnen war. Ein großer Teil der Kollegen arbeitete überhaupt vielfach nur einige Tage in der Woche und hatte 8 bis 10 verschiedene Arbeitgeber innerhalb einiger Monate.

Januar mehr macht sich bei den hiesigen Arbeitgebern das System breit, bei Übernahme einer Arbeit eine große Anzahl Leute einzustellen, um sie wieder nach 8 bis 14 Tagen auf ein Drittel oder noch mehr zu reduzieren. Die Unsicherheit des Verdienstes nimmt immer mehr zu und ist es daher kein Wunder, wenn mancher unserer Kollegen auch einmal versucht, „Meister“ zu spielen und dadurch die Zahl derjenigen Arbeitgeber immer größer wird, die nicht leben und nicht sterben können. Seit einigen Jahren macht man hier die Beobachtung, daß die Zahl der größeren Malergeschäfte immer weniger wird. Geschäfte, die noch vor drei und vier Jahren 80 bis 100 Gehilfen beschäftigten, haben heute nur noch 20 bis höchstens 30 und diese nur vorübergehend. Hier liegt auch der Grund der Schwierigkeit in der Agitation, welche durch die vielen kleinen Werkstätten eine Vergewandung an Zeit und Kräfte mit sich bringt.

Die Durchführung des Reichstarifs läßt zwar noch manches zu wünschen übrig, wenn auch im allgemeinen gesagt werden kann, daß dem Reichstarif Rechnung getragen wird. Einzelne Kleinmeister, namentlich in den Vororten, können sich freilich nicht mit dem Tarif befreunden und versuchen alle möglichen Durchbrechungen. In Ludwigshafen ist es namentlich die Firma Schieferdecker. Herr Schieferdecker ist wohl Mitglied des Arbeitgeberverbandes, aber von jeher hat er versucht, unter dem Tarif zu zahlen oder sonstige gegen denselben zu verstoßen. Mit Vorliebe beschäftigt er „Solontäre“ oder Verwandte und Inorganisierte. Wir werden uns in nächster Zeit etwas näher mit dieser Firma befassen müssen.

Ein Schmerzenskind ist und bleibt in Mannheim-Ludwigshafen die Vereinbarung über das Frühstücken. Eine eigenartige Frühstückspause besteht nicht. Bisher war es gestattet, ein mitgebrachtes Frühstück zu verzehren. Mit Inkrafttreten des Reichstarifs trat aber auch hierin eine Änderung ein, indem nicht mehr gebuhlet werden sollte, etwas zu essen. Von Meisterseite wurde angeführt, es wäre zu großer Mißbrauch mit dem Frühstück getrieben worden. Trotzdem im Laufe der Vertragsdauer seitens unsrer Vertreter in der Tarifkommission wiederholt angefragt wurde, wer denn diese Uebelthäter wären, um dieselben zur Rede stellen zu können, wurde uns niemals Bescheid. Man erging sich in allgemeinen Nebensarten. In der letzten Sitzung des Ortsaristamtes wurden uns endlich ein Meister und zwei Gehilfen genannt. Nun stellte es sich

aber heraus, daß der Meister direkt seine Erlaubnis erteilte, also nichts gegen das Frühstücken hat, während der andere Gehilfe nicht organisiert ist. Es ist bezeichnend, daß die Mehrzahl der Meister überhaupt nichts gegen das Frühstücken hat, stattdessen man essen muß, wenn man arbeiten soll, nur einige Scharfmacher gönnen ihren Arbeitern nicht den Bissen Brot. Während man sich hierin in Mannheim mit den Unternehmern schließlich verständigen konnte, ist dies in Ludwigshafen nicht möglich gewesen. Gewisse dortige Unternehmer, denen man es schon äußerlich ansieht, daß sie auf ihr leibliches Wohl bedacht sind, können es nicht mit ansehen, wenn ein Arbeiter einen Bissen zu sich nimmt. Wir verurteilen ebenfalls jeden Mißbrauch der Frühstückszeit, man kann aber auch erwarten, daß die Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber in dieser Sache etwas menschlicher handeln. Hierin endgültig Remedur zu schaffen durch Einführung einer bestimmten Frühstückspause, wird Aufgabe des nächsten Tarifabschlusses sein.

Die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises geht im Schneekentempo vor sich. Den Unternehmern will es nicht in den Kopf, daß sie von dem herkömmlichen Arbeitsnachweise der Industrie weg sollen, dem sie sämtlich angeschlossen sind. Eine Anzahl von Sitzungen und Besprechungen hat in dieser Sache schon seitens der Parteien stattgefunden und nur allmählich ist es gelungen, endlich einmal die Frage in Fluß zu bringen. Seitens der Gehilfenvertreter wurden schon dreimal verschiedene Vorschläge und Kostenberechnungen den Unternehmern unterbreitet und der Nachweis geführt, daß mit ganz geringem Kostenaufwand der Arbeitsnachweis einzurichten ist. Obwohl die Unternehmer niemals Material beizubringen in der Lage waren, und auch keine Vorschläge machen konnten, so wollten sie aber, auch das von uns erbrachte Material nicht gelten lassen. Freilich ist der geheime Wunsch, die Sache hinauszuziehen oder zu Fall zu bringen. In einer der letzten Sitzungen erbrachte nun endlich Herr Reissler, Obmann der Unternehmer, auch einmal Material, wie er sagte, von einem genaueren Kenner der Arbeitsnachweise, wahrscheinlich einem Beamten des industriellen Nachweises, wenn nicht von Herrn Wöblich selbst. Dieser Herr berechnet die Kosten für Bureaueinrichtung, Telefon, Drucksachen, zwei Beamten mit einem Gehalte von 2400 bzw. 1500 Mk., Spesen und Reisekosten usw. auf jährlich 10000 Mk. (!) Nachdem wir uns von dem ersten Lachkrampf erholt hatten, war es uns ein Leichtes, das Unsinnige einer solchen Berechnung nachzuweisen. Aber auch die Unternehmervertreter sahen sich gezwungen, diese Kostenaufstellung von sich zu werfen und gar nicht mehr darauf einzugehen. Es wurde nun beschlossen, nochmals mit der Stadt in Unterhandlungen zu treten, was denn auch geschehen ist. Da jedoch ein Teil der Kommission des städtischen Arbeitsnachweises zurzeit noch in Ferien ist, wird wohl vor Mitte September nichts mehr zu unternehmen sein. Hoffentlich wird die Frage des paritätischen Nachweises dann ihre endgültige Erledigung finden, nachdem der Herr Bürgermeister v. Hollander zusagte, hierfür einzutreten.

Der lange Kampf im Baugewerbe, die dadurch gebrachte Stimmung unserer Kollegen infolge der Arbeitslosigkeit, ferner die langwierigen Verhandlungen um einigen Gewerbe waren einer gedehnten Agitation recht hinderlich. Nachdem sich nunmehr die Situation etwas geändert hat, wollen wir in eine lebhaftere Herftagitation eintreten. Wenn jeder unserer Kollegen seine Schuldigkeit tut, wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Meiningen. (Situationsbericht.) Wie von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes, speziell vom Vorsitzenden der Ortsgruppe, die Sechiedsprüche zum Reichstarif eingehalten werden, zeigt folgende Darstellung: Nachdem es unserer jungen Organisation gelungen ist, auch für Meiningen den Reichstarif zur Durchführung zu bringen, war es Herr Hartung, der, solange er nur seinen Vorteil aus dem Tarif ziehen konnte, seine Leute aufforderte, sich unserm Verbände anzuschließen. Nun kam aber unsere Forderung, auch den Kollegen die 2 Pfg. Zuschlag zu zahlen, die bereits über den Grundlohn bezahlt werden. Das war dem Unternehmer zu viel verlangt und in der ersten Ortsaristamtsitzung zeigte sich die Tariffreundlichkeit. Als der Vorsitzende der Ortsgruppe, Malermeister Hartung, von unserem Vertreter gedrängt wurde, über die Zulage abstimmen zu lassen, schlug er auf den Tisch und brüllte: „Ich lasse mir keine Schlinge um den Hals machen!“, worauf er das Sitzungszimmer verließ, so daß diese Verhandlung resultatlos verlief. Hierauf beantragten unsere Kollegen eine neue Sitzung, in welcher der Stellvertreter Hartungs, Herr Karl Dohl, den Vorsitz führte. Hier behauptete Herr Dohl, daß er wisse, daß die 2 Pfg. Zuschlag zu zahlen seien, jedoch stimme er gegen seine Ueberzeugung mit seinen Kollegen, damit die Gehilfen Beschwerte beim Gantarisamt einreichen müßten. Am 9. August hat nun Gantarisamtsitzung stattgefunden und die Arbeitgeber sind einstimmig verurteilt worden, 2 Pfg. Zuschlag an alle Gehilfen zu zahlen. Nachdem den Arbeitgebern dieser Entscheid zugestimmt worden war mit dem Erfolge, bis zum 27. August die rückständige Zulage vom 27. Juni ab zu bezahlen, da war es mit der Tariffreunde zu Ende und Herr Hartung erklärte, lieber aus dem Arbeitgeberverband austreten zu wollen und auch keine organisiert Gehilfen zu beschäftigen als diesen Lohn zu zahlen. Uns kann das Verhalten der Meister nur recht sein; es weckt auch die paar Laien noch auf, daß sie den Wert der Organisation kennen lernen. Mehr als das Urteil über die Zulage scheint Herrn Hartung die moralische Niederlage zu schmerzen, daß die Arbeitgeber nun doch die Unterlegenen sind. Herr Hartung will auf Anraten seiner Frau Gemahlin selbst wieder arbeiten. Mit den vier Gehilfen wird es ein flottet Geschäft werden und noch viel schöner wird die Arbeit ausfallen! Die nächste Versammlung wird darüber entscheiden, welche Maßnahmen gegen die tariffreudigen Arbeitgeber zu ergreifen sind. Die nichtorganisierten Mitglieder der Firma Leser sind so rückständig, daß sie die 1 1/2 stündige Mittagspause wieder aufgegeben haben und eine Stunde Waktag machen. Auch diese wird ihr leerer Geldbeutel und die Behandlung noch belehren. Wenn das Schmarotzertum in dieser Werkstätte nicht so sehr eingegriffen wäre, stände es auch um vieles besser mit den Kollegen. Darum auf, Kollegen! Ein jeder muß nicht bloß Beiträge bezahlen, sondern auch agitatorisch tätig sein, die Versammlungen regelmäßig besuchen und die

noch rückständigen, einsichtslosen Kollegen dem Verband zuführen.

Wiesbaden. Wo bleibt das Ortsaristamt und § 10 des Reichstarifvertrags? — so fragt die „Südd. Malerztg.“ in der Nr. 33 am Schlusse eines Berichts über die famose Submissionsschlüsse an den Vergleierungsgebäuden in Wiesbaden. Will sie diese Frage beantwortet haben, dann muß sie sich schon an die Arbeitgeber des Ortsaristamtes wenden. Auch wir müssen diese Frage aufwerfen, denn nicht nur, daß man seitens der Herren Arbeitgeber nichts tut, um gegen diejenigen, die dort so schauderhafte Offerten abgegeben haben, vorzugehen, erscheinen diese Herren nicht in den Ortsaristamtsitzungen, wo doch eigentlich der Ort ist, um solche Fragen zu besprechen. Nachdem wir bei dem Vorsitzenden der Ortsgruppe viermal eine Sitzung beantragt, ohne daß dieselbe stattfand, sollte endlich am 25. August durch Vermittlung des Unparteiischen eine Sitzung stattfinden. Nachdem der Unparteiische und die Gehilfen-Vertreter eine halbe Stunde über die festgesetzte Zeit gewartet hatten, erschien ein Arbeitgeber, ein anderer hatte sich entschuldigt und der dritte erschien überhaupt nicht. Dadurch war es nicht möglich, in eine Verhandlung einzutreten. Es erweckt geradezu den Eindruck, als ob dies beabsichtigt gewesen sei. Was würden die Herren sagen, wenn wir eine solche Taktik einschlagen wollten? Ganz Deutschland würde durcheinander gemacht, um der Deffektivität zu beweisen, daß es überall die Tariffreudigen sind, die der friedlichen Entwicklung des Tarifvertrags im Wege stehen. In der Sitzung sollte die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises besprochen werden und glauben wir nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß dieser Punkt wohl wesentlich die Veranlassung für das Nichterscheinen gewesen ist. Daß unter solchen Umständen nicht daran zu denken ist, gegen die Schmutzkonturrenz vorzugehen, dürfte jedem klar denkenden Menschen einleuchten; aber vielleicht nimmt der Zentralvorstand des Süddeutschen Maler- und Lünchermeister-Verbandes Veranlassung, den Arbeitgebern in Wiesbaden zu sagen, was sie zu tun haben. Soll das Handwerk gehoben werden, dann müssen die Arbeitgeber sich damit vertraut machen, daß auch sie Opfer zu bringen haben. Die Gehilfen beabsichtigen sich dafür, daß sie allein die Kaffanten aus dem Feuer holen sollen.

Wiesbaden. „In den Haaren liegen sich beide.“ Recht kollegial behandeln sich die Unternehmer, die das Glück haben, die Arbeiten an den Regierungsgebäuden ausführen zu dürfen. Vor einiger Zeit ging das Gerücht um, Herr Pauly habe die Arbeit an der Regierungshauptkasse einstellen müssen, weil sich bei Entnahme einer Farbprobe herausgestellt hat, daß dieselbe 40 Proz. Verunreinigung enthält. Herr Pauly läßt nun in den Tagesblättern eine Erklärung los, und wenn die dort aufgestellten Behauptungen der Wahrheit entsprechen, werfen sie ein eigentümliches Licht auf die ganzen Vorgänge. Herr Pauly will unter allen Umständen keines Bleiweiß verwendet haben. In seiner Erklärung heißt es: „Am 6. August ist nun erste Probeentnahme vorgenommen worden, von der ich nicht, aber merkwürdigerweise Herr Bartschat schon zehn Tage vorher unterrichtet war. Nun hat man es nicht einmal der Mühe wert gefunden, die Probe, wie dies überall üblich ist, zu verfeuern, vielmehr ist diese unverfeuert zur Untersuchung in die Hirschapotheke gekommen.“

Auf meinen Bericht an die betr. Behörde hin wurde denn auch sofort die Probeentnahme der Arbeit, die inzwischen von mir fertiggestellt ist, verfügt, weil die Probe nicht ordnungsgemäß entnommen war. Da nach der Analyse in der Farbe Stoffe enthalten sein sollen, welche von mir nicht an die Baustelle geliefert worden sind, habe ich in Gegenwart nachstehender Zeugen,

1. des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes der Lüncher und Maler, Herrn Ltr. Maurer,
2. des Kaufmanns Carl Maltonessius,

je eine Probe der noch unberührt an der Baustelle befindlichen Grundtiefenfarbe, sowie des von mir als garantiert rein bezogenen Bleiweißes entnommen und von genannten Herren verfestigt zur Untersuchung an die Herren Professor Meinede und Genossen weiter gelangen lassen.

Die Untersuchung ergab folgendes Resultat: Probe 1 (Bleiweiß): Gehalt an reinem Bleiweiß 99,02 Proz., Beimengung 0,98 Proz.; Probe 2 (Grundtiefenfarbe): Gehalt an reinem Bleiweiß 97,53 Proz., Beimengung 2,47 Proz.

Nach diesem Resultat ist mein Material in jeder Beziehung einwandfrei und ist zweifellos die in der Hirschapotheke zur Untersuchung gelangte Farbe mit meinem Material nicht identisch oder es ist etwas mit der Farbe vorgenommen worden. Vielleicht ist Herr Bartschat so lebenswichtig, mir bei meinen diesbezüglichen Feststellungen behilflich zu sein.

Sehr auffallend ist es, daß Herr Bartschat in einem an mich unterm 24. August gerichteten Schreiben befreitet, ein Eingekant, welches „nicht betr.“ veröffentlicht zu haben. Noch auffallender ist es, daß es Herrn Bartschat, welcher erst seit kurzer Zeit hier ansässig ist, gelingen konnte, eine ganze Anzahl Maler- und Lünchermeister, welche jahrzehntelang bei derselben Behörde zur größten Zufriedenheit gearbeitet haben, aus folgenden öffentlichen Gebäuden ganz oder teilweise zu verdrängen: Königl. Schloß, Polizeidirektionsgebäude, Regierungsgebäude, Feuerwehrgeschäftsgebäude, Staatsarchiv, Königl. Gymnasium, Realgymnasium, Kass. Landesbank usw.

Dabei verwendet dieser Herr in seinem Geschäft Lithobonweiß, welches ca. 70 Proz. Schwerpat — also nach seiner Auffassung 70 Proz. Verunreinigung bezw. Beimengung enthält. Ich enthalte mich hierüber jedes Kommentars und überlasse die Beurteilung dieser Angelegenheit nunmehr dem verehrlichen Publikum.

Wer also versteht, zwischen den Zeilen zu lesen, merkt sofort, daß hier irgend etwas nicht im reinen ist. Kleinlicher Konkurrenzkampf kann nur die Ursache sein, die Herr Bartschat in dem Verhalten des Herrn Pauly an, so daß ihnen reichlich Gelegenheit gegeben ist, kollegialen Verkehr zu pflegen — und trotzdem dieser Ton. Herr Bartschat hat bis jetzt in dieser Sache noch nicht das Wort genommen. Ob die Behauptungen des Herrn Pauly den Tatsachen entsprechen, entzieht sich unsrer Kenntnis.

Was uns an diesem Streit am meisten interessiert, ist die Verwendung des Bleiweißes für diese Arbeiten. Anstatt daß die Behörde dazu übergeht, die Verwendung

von Bleiweiß zu verbieten, scheint auch hier die Verwendung ausdrücklich gefordert zu sein. Niemand wird bestreiten wollen, daß es möglich ist, auch ohne Bleiweiß einen ebenso guten, wenn nicht noch dauerhafteren Anstrich zu erzielen. Ob die Behörde auch so nachdrücklich die Einhaltung der Bundesratsverordnung gefordert und kontrolliert hat, wissen wir nicht. Nach allem, was bis jetzt in Erfahrung gebracht werden konnte, hat es damit sehr windig ausgesehen. Wenn unsere Unternehmer sich gegenseitig kontrollieren wollen, um damit die Schmutzkonturrenz zu beseitigen, so könnten wir das nur begrüßen. Aber hier wird man wohl auch sagen können:

So viel man von Melonen hält,
Halt ich von Leuten in der Welt,
Man schneidet ihrer fünfzig an,
Ey' man was Gutes treffen kann.

Aus Nürnberg schreibt uns Kollege Fr. Müller: Der Bericht in Nr. 34 des „Vereins-Anzeigers“ über die Firmen Hartner und Binner wegen ihres tarifwidrigen Verhaltens hat Herrn Gg. Hartner wieder einmal aus dem Häuschen gebracht. Er fühlt sich deshalb veranlaßt, abermals gegen meine Person vom Leder zu ziehen. Die bekannte Taktik, den Gegner auf eine sachliche Polemik persönlich anzugreifen. Doch abermals blamiert sich Herr Gg. Hartner recht gründlich, da er in seinem Wahn glaubt alles, was in Nürnberg gemacht wird, hat der Müller gemacht. Ein wohl unfreiwilliges Zeugnis stellt Herr Hartner mir mit seinem Bericht in der „Südd. Arbeiterztg.“ aus, indem er schreibt, ich hätte auch im neuen Tarifamt mein Verhalten nicht geändert. Ja, Herr Hartner, mein Verhalten bedarf einer Änderung nicht, da es sich immer in dem Rahmen des Erlaubten im wirtschaftlichen Kampfe bewegt hat, was ich wohl am einwandfreiesten damit beweisen kann, daß der jetzige unparteiische Vorsitzende im Tarifamt Nürnberg-Fürth auch nicht ein einziges Mal während unserer Tagungen sich veranlaßt gesehen hat, mein Verhalten und meine Tätigkeit zu beanstanden. Inwiefern dies aber auf der Gegenseite zutrifft, soll hier in der Presse vorläufig nicht untersucht werden, da ich es nicht ohne ganz zwingende Gründe für nobel halte, einzelne Inzidentien zu einer Zeitungs-Polemik zu benutzen. Wenn es nicht zu umgeben sein sollte, kann es noch geschehen. Im übrigen drängt Herr Gg. Hartner schon lange auf Ausschluß meiner Person von den Verhandlungen, seitdem wir mit Hilfe unserer Organisation in Nürnberg-Fürth in der Lage sind, den „Persephergel“ des Herrn wirksam zu bekämpfen. Solche Einschüchterungsversuche haben daher längst ihre Wirksamkeit verloren und kann Herr Gg. Hartner versichert sein, daß wir solche Säbelgerassel gar nicht mehr ernst nehmen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Gewerbliche Vergiftungen als Unfall anzusehen, die nach dem Unfallversicherungsgesetz zu entschädigen wären, haben wir wiederholt verlangt. In Deutschland ist es insbesondere Professor Sommerfeld, der diesen Gedanken propagiert. Da ist es von Interesse zu erfahren, daß der vom Oesterreichischen Reichsrat eingefetzte Sozialversicherungsausschuß, der eine Vorlage der Regierung zur Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes vorzubereiten hat, sich auch eingehend mit der Frage der gewerblichen Vergiftungen beschäftigte. In einer Unterkommission dieses Ausschusses brachte Abgeordneter Dr. Drexel einen Antrag ein, wonach den Betriebsunfällen jene Fälle von Phosphornetose, Blei- und Quecksilbervergiftungen und andrer vom Ministerium des Innern im Besondere festzustellenden gewerblichen Krankheiten gleichzustellen wären, welche bei Arbeitern in Unfallversicherungspflichtigen Betrieben infolge ihrer beruflichen Tätigkeit vorkommen. Referent Abgeordneter v. Stranitzky wendete ein, durch die Annahme des Antrages Dr. Drexels würde nur für die in unfallversicherungspflichtigen Betrieben beschäftigten Personen eine Fürsorge getroffen werden. Dies sei aber nur ein kleiner Teil der in Betracht kommenden Personen. Außerdem sei die Unfallversicherung absolut nicht geeignet, für derlei Fälle Vorkehrungen zu treffen, da der Begriff des Unfalls ein plötzlich eintretendes Ereignis voraussetze. Es würde eine kolossale Mehrbelastung für die Unfallversicherungsanstalten, eine riesige Prämiensteigerung für die betreffenden gewerblichen Betriebe Platz greifen, ohne daß aber eine allgemeine Fürsorge für sämtliche beteiligten Personen ergiebt würde. Demgegenüber wurde von andern Rednern darauf hingewiesen, daß nach den von Dr. Tscheli für Wien angeführten Daten die Zahl der für die Unfallversicherungsanstalten infolge gewerblicher Vergiftungen überhaupt in Betracht kommenden Fälle — wenigstens in Wien — eine ganz unbedeutende sei, nämlich gegen 50 jährlich. Des Weiteren wurde zwar die Schwierigkeit der Frage allgemein zugegeben, aber betont, daß sie bei den im Antrage Dr. Drexel enthaltenen drei Krankheiten schon spruchreif sei. Bezüglich der andern Krankheiten werde die Regierung von Fall zu Fall auf Grund umfangreicher Studien Entscheidungen treffen können. Eben wegen der Kompliziertheit des Stoffes sei die Möglichkeit seiner Regelung in einem Spezialgesetze an und für sich äußerst schwierig und deswegen wäre die Frage schon im Sozialversicherungsgesetz auszutragen. Abgeordneter Dr. Nicht machte speziell darauf aufmerksam, daß die Frage vielleicht auch auf einem andern Wege gelöst werden könnte, nämlich durch die Einführung einer Zusatzversicherung für gewerbliche Vergiftungen, eventuell auch durch entsprechende Bestimmungen im Kapitel über die Alters- und Invaliditätsversicherung. Die Unterkommission beschloß, die Regierung aufzufordern, diese Fragen unverzüglich einem Studium zu unterziehen und in der nächsten Sitzung über das Ergebnis dieses Studiums Mitteilung zu machen.

Die Abnahme des Bettels. Daß trotz der großen wirtschaftlichen Krisen und der oftmals umfangreichen Arbeitslosigkeit das Betteln ständig abnimmt, ist ein Beweis für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu danken. In einem kürzlich erschienenen Buch über Bettel und Landstreicherei im Königreich Bayern (München, Ernst Reinhardt Verlag 1910) beschäftigt sich Dr. Ferdinand Knoblauch eingehend mit dieser Frage. Nach seinen nach amtlichem Material vorgenommenen Aufstellungen

wurden in Bayern wegen Bettels und Landstreicherei verurteilt: 1881: 96 258, 1883: 77 149, 1885: 75 621, 1887: 73 937, 1889: 70 282, 1892: 66 022, 1894: 61 519, 1896: 49 156, 1898: 47 730, 1899: 42 370. In diesen 18 Jahren sind also die Verurteilungen um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Für das Jahr 1899 ergeben sich ungefähr nur noch 1/3 der Verurteilungen des Jahres 1881. Eine ähnliche Abnahme der Verurteilungen wegen Bettels hat Baden zu verzeichnen. Es wurden dort wegen Bettels und Landstreicherei verurteilt: 1884: 6952, 1887: 6311, 1890: 4543, 1893: 6528, 1896: 5342, 1898: 4793, 1899: 4184. Die Abnahme ist hier nicht so stark, aber mit Ausnahme der Steigerung am Anfang der neunziger Jahre — in der furchtbaren Krisis! — ist die Abnahme eine ständige. Dr. Knoblauch sucht nach den Ursachen der Zu- und Abnahme der Verurteilungen und zieht auch die Bewegung der Getreidepreise heran. Wohl ergibt sich nun, daß mit der Abnahme der Getreidepreise auch die Verurteilungen wegen Bettels abnehmen. Aber die Abnahme ist noch größer, als später die Getreidepreise wieder ganz gewaltig in die Höhe gehen! Hieraus weiß Dr. Knoblauch keine andere Erklärung zu finden, als daß sich die wirtschaftliche Lage des Volkes gehoben habe und sich mittlerweile die kommunalen Arbeitsnachweise entwickelt hätten. Aber die Verbesserung ist doch gewachsen, die Arbeitslosigkeit ist absolut — nicht relativ — dennoch größer geworden, der Existenzkampf ein schwierigerer, die Existenzunsicherheit ist größer usw. Wenn dennoch eine so starke Abnahme des Bettels stattfindet, wie sie aus den Verurteilungen geschlossen werden kann, so ist dies der Entwicklung der Arbeiterorganisationen zu danken, die ihren Mitgliedern eine Stütze in der Zeit der Arbeitslosigkeit bieten, aber auch zur moralischen Hebung der Arbeiter das meiste beigetragen haben. Dr. Knoblauch empfiehlt, eine Statistik der Bettler aufzunehmen, welche alle Momente erforschen soll, die die Bettler auf die Pfade des Bettels und Landstreichers führen. Eine solche Statistik würde heute auch ergeben, daß unter den Bettlern nur wenige organisierte Arbeiter zu finden sind.

Furcht vor der Auffklärung! Der Vaterländische Arbeiterverein von Meisen und Umgegend veröffentlicht im „Meißner Tageblatt“ folgende Anzeige: „An alle nicht organisierten Arbeiter! Da in nächster Zeit wiederum von der sozialdemokratischen Partei eine starke Hausagitation in Szene gesetzt werden soll, um ihre verheerenden Forderungen in einer Art und Weise andersdenkenden aufzuzwingen, daß mancher diesem aufdringlichen Vorgehen gegenüber nicht mehr in der Lage ist, sich erwehren zu können, so machen wir alle nicht organisierten Arbeiter darauf aufmerksam, daß eine einmalige Hinausweisung genügt, um sich vor diesen Belästigungen zu schützen, widrigenfalls sich selbige des Hausfriedensbruchs schuldig machen und zur gerichtlichen Verantwortung herangezogen werden können.“

Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß sich ein „Arbeiterverein“ die Freiheit herausnimmt, Klassenbewußten Arbeitern mit dem Hausrecht zu drohen, wenn sie ihrer Pflicht, die rückständigen Klassengenossen aufzuklären, nachzukommen suchen. Zum Vergnügen wird diese Aufklärungsarbeit sicher nicht verrichtet, und der „vaterländische Arbeiterverein“, der Verdummungsarbeit betreibt, sollte sich freuen, wenn seine Mitglieder auch mal die neuen Ideen kennen lernen, um dann selbst ein Urteil zu fällen.

Die kulturelle Benützung des Erdbodens. Eine oft anzutreffende landläufige bürgerliche Nebenart ist die: Es gibt zu viel Menschen! In ihrer Beschränktheit rufen viele der Spießer — die weit vom Schusse sind — nach einem Krieg, um den sozialen Konkurrenzkampf der Menschen unter einander vermeintlich zu mildern. Nichts ist widersinniger als das! Die Schöpfung der Natur sind noch so reichhaltig, die Möglichkeit einer Hebung der Ertragsfähigkeit des Erdbodens noch so groß, daß sich die Zahl seiner Bewohner noch vervielfachen könnte und doch noch genügend Nahrung fände. Große Gebiete der Oberfläche der Erde sind noch vorhanden, die brach liegen oder überhaupt noch nicht land- oder forstwirtschaftlich benützt worden sind. Und das selbst in Europa, und sogar in Deutschland. Das europäische Rußland hat 515 Mill. Hektar Gesamtfläche, davon sind nur 210 Mill. Hektar landwirtschaftlich benützt. 168 Mill. Hektar sind mit Forsten und Holzungen bedeckt und 77 Mill. Hektar sind überhaupt noch nicht kulturell benützt worden. Das herrliche und teilweise sehr fruchtbare Italien umfaßt 286 Mill. Hektar Bodenfläche. Davon sind 19,0 Mill. Hektar landwirtschaftlich benützt, 8,3 Mill. Hektar liegen noch vollständig brach. Von den 50 Mill. Hektar, die das „schöne“ Spanien bedecken, sind nur 21 Mill. Hektar landwirtschaftlich benützt. Der Rest liegt brach oder besteht in Holzungen. Schweden erstreckt sich auf 41 Mill. Hektar Bodenfläche, von denen nur 4,6 Mill. Hektar landwirtschaftlich verwertet sind. Die landwirtschaftlich benützte Fläche, worunter außer Acker, Wiesen und Weiden auch anderer für den Landbau geeigneter Boden verstanden wird, ist um so ausgedehnter, je dichter die Bevölkerung eines Landes ist. Belgien zählt 2 945 600 Hektar Fläche, von denen nur 200 000 Hektar brach liegen, Großbritannien 22 785 Hektar, wovon nur 117 100 Hektar unbenützt sind. Dagegen sind von den 251 Mill. Hektar Britisch-Indiens nur 88 Mill. Hektar, von 252 Mill. Hektar West-Australiens nur 1,6 Mill. Hektar angebaut.

Deutschland selbst bedeckt 54 064 800 Hektar des Erdbodens, von denen 35 055 400 Hektar landwirtschaftlich benützt werden. 13 995 900 Hektar sind mit Holzbestand belegt, 5 013 500 Hektar, wozu große Strecken der Böhmerwald gehören, sind überhaupt noch nicht „urbar“ gemacht. Also auch hier könnte noch viel kultiviert werden, sobald selbst Deutschland a. B. sehr leicht, wie auch Fachmänner beschäftigen, mehr Getreide bauen könnte, als es braucht.

Wenn demnach der Kampf ums Dasein so hart ist, so liegt das nicht an den vielen Menschen, sondern an den Widerständigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, welche für Kulturarbeiten nichts übrig hat.

melde sie es, die Mitglieder des sogenannten „Reichstreuen Arbeiterverbandes“ zu bevorzugen, so scheint ihr die Werftarbeiterbewegung willkommene Gelegenheit zu bieten, bisher genommene Mißlichkeiten beseitigen zu lassen und die weitere Züchtung dieser Sumpfpflanze offen zu betreiben. Seitens der Werftarbeiter waren die wertigen noch im Betriebe befindlichen Arbeiter blauer und gelber Couleur Ende voriger Woche zu einer Versammlung nach der in der Werft gelegenen Malerhütte eingeladen worden unter der Bemerkung, daß Direktor Barg in eigener Person die treu gebliebenen Schächten mit seiner Anwesenheit beehren und vielleicht sogar sie mit einer Ansprache beglücken werde. Trotz dieser Melisse hatten sich nur 60 bis 70 Personen eingefunden, wovon die Hälfte dem Kontorpersonal angehörte. Set es, daß der Name des Herrn Barg nur als Reklameschild angewandt wurde, sei es, daß dieser ein Haar darin gefunden hatte, bei den Reichstreuen sein Licht leuchten zu lassen, genug, er kam nicht, weshalb die wertigen Erschienenen darauf verzichten mußten, zu hören, was ein Vertreter der Direktion zum Lobe ihrer Schutztruppe zu sagen hatte. Denn dem Mitgliederfang für die Reichstreuen sollte diese Versammlung dienen; das wurde sofort klar, als ein Maler, äußerlich rötlich angehaucht (Krummreißer), doch innerlich waschecht gelb, den greulichsten Unflut über die Forderungen der Werftarbeiter zutage brachte. Dieser „Arbeiter“ hatte alle von der Unternehmerpresse gebrachten Lügen und Verdrehungen auswendig gelernt. Seinem Auditorium erzählte er, indem er — nicht erröend — den Spüren der Scharfmacherpresse folgte, daß die Forderungen der kämpfenden Arbeiter unerhört hoch seien. Dann trat noch der Hausmeister und „Macher von't Fange“ Böttcher auf und ermahnte seine Zuhörer, treu zur Direktion zu halten. Böttcher bettelte die Besucher an, sie möchten doch den Sprung ins reichstreue Lager wagen. Damit war der mehr als kläglich verlaufene Appell förmlicher auf der Werft verbliebenen Hausmeister beendet. Die geringe Zahl der anwesenden Arbeiter beweist, daß nur ein Bruchteil der Reichstreuen der reklameschaffigen Einladung gefolgt war, und daß selbst unter den Arbeitswilligen wenig Neigung besteht, sich leithammeln zu lassen. Der beste Beweis, wie wenig Anhang diese reichstreuerbändlerische Gründung selbst bei sogenannten Arbeitswilligen findet. Es kann kein Zweifel sein, daß die Direktion um die Versammlung und auch ihren Zweck gewußt hat. Die organisierten Arbeiter werden sich dies merken für den Fall, daß die Direktion sich wieder einmal über unzulässige Agitation innerhalb des Betriebes seitens der freien Gewerkschaften beklagen sollte. Eigentlich sollte nun auch bald die Direktion der „Reptun“-Werft einsehen, daß sie mit dieser, früher verfluchten, nun offenen Begünstigung der Selben nicht weiter kommt. Die 200 Arbeitswilligen, die sie im Betriebe behalten hat, werden den Direktionsstahl nicht fett machen, das wird jeder bezeugen, der diese Prachtexemplare von „Arbeitern“ hat zur Arbeit schleichen sehen. Wären diese Leute organisiert, so würden die Organisationen wahrscheinlich darauf verzichten, sie aus dem Betriebe zu holen, da sie im Betriebe der Werft mehr Schaden anrichten, als wenn sie sich den Ausgesperrten anschließen würden. Auch ein Beweis dafür, daß die Kraft, die das Böse will, doch oft das Gute schafft.

Mißläufige Unternehmungslust? Ein kapitalistisches Blatt, die in Dultsburg erscheinende „Rhein- und Ruhrzeitung“, will die Beobachtung gemacht haben, daß die Unternehmungslust der Gewerbetreibenden in Deutschland im Rückgange begriffen sei, da das Kapital, das in Aktien-gesellschaften und andern gewerblichen Unternehmungen neu angelegt wurde, geringer sei als in früheren Jahren. Abgesehen davon, daß die statistische Unterlage, die zur Begründung dieser Annahme dient, sehr mangelhaft ist, sind die daraus gezogenen Folgerungen ganz willkürlicher Art. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, die wie eine Wene aus jeder Blume Honig saugt, benützt auch diese Statistik dazu, die deutschen Arbeiter mit Dreck zu bewerfen, indem sie schreibt: „Mißgung der Unternehmungslust! Ist es ein wirtschaftliches, ist es nicht auch ein soziales Warnungssignal? Bekommen es allmählich die Unternehmer satt, sich unausgeseht mit einer systematisch verheerten Arbeiterkraft herumzuschlagen? Sind sie dessen müde geworden, daß man sie fortgesetzt nur als Objekt der Gesehgebung, als geduldige Lasttiere behandelt? Mißläufige Unternehmungslust! Wird vielleicht dieses Symptom den für die Volkswohlfahrt verantwortlichen Personen zu denken geben?“

Wie schon sehr häufig, so können wir auch heute wieder den Unternehmern den guten Rat geben, selbst Arbeiter zu werden, anstatt sich im Dienste der Allgemeinheit abzuschinden und sich mit den Arbeitern abzuergern.

Gewerkschaftlicher Materialismus und kapitalistischer Idealismus. Von Zeit zu Zeit nimmt die Scharfmacherpresse Gelegenheit, sich über die materielle Bestimmung der Arbeiter zu entrüsten, um auf diesem dunklen Hintergrunde die ideale Bestimmung des Unternehmertums desto leuchtender hervorretzen zu lassen. Und die „Frankfurter Zeitung“ hat sich diesem Chor angegeschlossen, trotzdem sie im allgemeinen der Arbeiterbewegung ziemlich objektiv gegenübersteht. Sie schreibt nämlich in einem Artikel über die sozialdemokratische Arbeiterbewegung:

„Die Sozialdemokratie hat sich früher viel zugute getan auf ihre Verdienste um Ausbreitung und Förderung der Kultur unter den handarbeitenden Schichten unfres Volkes, und sie hat tatsächlich manche Leistungen aufzuweisen gehabt, die solchen Rühmen eine gewisse Berechtigung geben. In den letzten Jahren aber hat der in der Partei herrschende Geist sich eingemauert in einen immer enger gezogenen Kreis von Vorurteilen und Beschränktheiten; dogmatischer Fanatismus und gewerkschaftlicher Materialismus erwürgen mehr und mehr alles Persönliche für allgemeine geistige und kulturelle Kultur, teilweise durch einfache Mißachtung, teilweise durch Mißbrauch von parteipolitischen Zwecken. Je mehr die Sozialdemokratie aus einer Weltanschauungspartei zur Gewerkschaftspartei wird, desto vollständiger verliert der Zulauf gebildeter Elemente. Früher konnte man das sozialdemokratische Blatt dem großen Haufen der bürgerlichen Presse als Muster lebendiger Teilnahme und

Tätigkeit an den Aufgaben der Volkserziehung vorgehalten werden. Das ist leider bei den meisten Organen der Arbeiterpartei anders geworden. Die Sozialdemokratie ist in der Gefahr, sich kulturell zu isolieren und zuletzt innerhalb des Flusses geistiger Entwicklung in Deutschland zu stehen. Seitens aller parteipolitischen Gegenseite würden wir eine solche kulturelle Verknüpfung der politischen Vertretung des größten Teils der deutschen Arbeiterschaft aufs stärkste bedauern. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie hat leider auch bei dieser reaktionären Entwicklung der letzten Jahre die Führung übernommen.

Die Angriffe auf die sozialdemokratische Partei, der dogmatischer Fanatismus und Kulturselbstverworfenheit vorgeworfen wird, wollen wir auf sich beruhen lassen, denn dagegen wird sich die Sozialdemokratie schon selbst verteidigen, was uns aber hier an dieser Stelle interessiert, das ist die Behauptung, daß die Sozialdemokratie immer mehr zu einer Gewerkschaftspartei werde und daß der gewerkschaftliche Materialismus alles Verständnis für allgemeine geistige und künstlerische Kultur entwürde. An und für sich ist es richtig, daß der Gewerkschaftssozialismus immer mehr an Boden gewinnt und die sozialistische Weltanschauung immer stärker beeinflusst. Diese Wandlung des sozialen Bewußtseins erklärt sich daraus, daß die moderne Arbeiterklasse heuteutage Gegenwartsarbeit treibt und daß dadurch der Gedanke des Sozialismus aus dem Wollenkududschheim der Ideale auf den Boden der realen Tatsachen heruntergezogen wird. Allerdings bedeutet diese gewerkschaftliche Gegenwartsarbeit kein Überwachen des trassen Materialismus, sondern sie wird geradezu im Interesse der Kultur geleistet. Die Gewerkschaftsbewegung legt selbstverständlich in allererster Linie Gewicht auf die materielle Hebung der Arbeiterklasse, aber diese Erhöhung der Lebenshaltung der proletarischen Massen ist nicht Selbstzweck, sondern sie dient nur als Mittel, um das Menschentum der Massen zu fördern und sie mit Kulturidealen zu erfüllen. Wir wissen nämlich aus Erfahrung, daß eine Erhöhung des materiellen Niveaus die Vorbedingung einer kulturellen Hebung ist. Wenn dann noch Aufklärung und Erziehung hinzukommt, so wird sich die Masse des Volkes immer mehr dem Ziele nähern, das uns als Ideal vorschwebt. Und diese Aufklärungs- und Erziehungsarbeit leisten gerade die modernen Gewerkschaften, im Gegensatz zu den Verbummungs- und Verflavungstendenzen der christlichen Gewerkschaftspresse. Man tut also der modernen, vom sozialistischen Geiste erfüllten Gewerkschaftsbewegung bitteres Unrecht, wenn man ihr Materialismus vorwirft. Jeder unbefangene Beobachter muß zugeben, daß gerade in der Gewerkschaftsbewegung trotz Betonung ihrer materiellen Aufgaben noch sehr viel Idealismus steckt und daß der Kapitalismus, der den Idealismus im Grunde führt, materialistisch ist bis auf die Knochen. Der kapitalistische Idealismus macht vor dem Geldbeutel Halt, während der gewerkschaftliche Materialismus zur Betätigung der Solidarität erzieht und in Bezug auf Opfermut geradezu Wunder wirkt.

Genossenschaftliches.

Der 7. Internationale Genossenschaftskongress in Hamburg.

In der Zeit vom 5. bis 7. September tagte in Hamburg der VIII. Kongress des Internationalen Genossenschaftsbundes. Es ist der erste Kongress der genossenschaftlichen Internationale, der auf deutschem Boden abgehalten wird. Seine Vorgänger hatten mehrheitlich in Frankreich und England sowie in Holland, Italien und Ungarn getagt. Deutschland kommt also etwas spät an die Reihe, es hat aber dafür auch einen Kongress beherbergen können, der für die weitere Entwicklung des Internationalen Genossenschaftsbundes von großer Bedeutung sein wird.

Der Internationale Genossenschaftsbund ist im Jahre 1895 in London gegründet worden. Es waren jedoch keineswegs von einheitlichen Anschauungen geleitete Genossenschaftler, die sich zur Gründung dieser internationalen Organisation zusammenfanden. Die verbienstofflichsten Förderer des Bundes waren aus den Kreisen der christlichen Sozialisten in England hervorgegangen. Ihr Ideal war die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht durch den Klassenkampf, sondern durch friedliche genossenschaftliche Arbeit. Aber nicht die Konsumvereine, in denen die Arbeiter jene Genossenschaftsform erblühten, die ihren Interessen am meisten dienlich war, sollten das Mittel zur Überwindung des Kapitalismus bilden. Die Produktivgenossenschaften wurden vielmehr von den Gründern des Internationalen Genossenschaftsbundes, soweit sie sich aus dem Lager der christlichen Sozialisten rekrutierten, bedeutend höher eingeschätzt. Konsumgenossenschaften glaubten sie nur dann ihrem Ideal dienlich machen zu können, wenn in deren Produktivabteilungen das System der Gewinnbeteiligung der Arbeiter eingeführt würde. Das gleiche System sollte natürlich auch in den Produktivgenossenschaften herrschen.

Neben diesen Sozialreformern gab es aber in jener Zeit, besonders in England, auch schon zahlreiche Konsumgenossenschaftler, die den Wert der Konsumvereine in ihrer Wirkung auf den Haushalt der Mitglieder erblickten. Das System der Gewinnbeteiligung für die Arbeiter in den Produktivabteilungen der Konsumvereine wurde von dieser Gruppe abgelehnt, weil sie vor allem das Interesse der Konsumenten und nicht das der beschäftigten Arbeiter zu fördern bestrebt war. Dazu kamen Billantropen und soziale Neoprotektoren aller Art, die auf genossenschaftlichem Wege die verschiedensten Projekte verwirklichen wollten. Alle diese Richtungen und Aufstellungen waren auf jenem Kongresse vertreten, der am 16. August 1895 in London den Internationalen Genossenschaftsbund gründete. Man kann sich denken, daß bei diesen verschiedenartigen Meinungen die Einigung auf ein gemeinsames Programm sehr schwerfiel. In der Tat gelang es überhaupt nur, einen Internationalen Genossenschaftsbund zu gründen, weil über die Hauptfrage ein Kompromiß beschossen wurde, daß so recht aber eigentlich niemanden befriedigte.

Die ersten Jahre des Bestehens des Bundes zeigten eine besondern Fortschritt. Die inneren Differenzen

tähten seine Aktionsfähigkeit, seine Verfassung war fehlerhaft, seine Mittel beschränkt. Viele Genossenschaftler erfüllten kaum etwas von seiner Existenz. Ein Umschwung trat erst im Jahre 1902 ein, in welchem Jahre in Manchester der fünfte Kongress abgehalten wurde. Vorbereitet wurde dieser Umschwung durch die Entwicklung, welche das Konsumvereinswesen in England und in einzelnen kontinentalen Staaten genommen hatte. Die Mißerfolge der Produktivgenossenschaften und der glänzende Aufschwung des Konsumvereinswesens in England hatten allmählich die Gewinnbeteiligungsfrage in den Hintergrund treten lassen. Man begriff, daß die auf dem organisierten Konsum aufgebaute Eigenproduktion ganz anders zu bewerten sei wie die Produktivgenossenschaften, und man erkannte die weittragende soziale Bedeutung des Konsumvereinswesens in England, das recht wohl zu einem Mittel bei der Umgestaltung unserer sozialen Verhältnisse und bei der Schaffung einer gerechteren Wirtschaftsordnung geeignet erschien. Streitpunkte, über die man sich wenige Jahre vorher die Köpfe erhitzen hatte, erschienen jetzt bedeutungslos. Der Einfluß der sozialen Quasifaktoren auf die Kongresse des Internationalen Genossenschaftsbundes war geschwunden, dafür aber nahmen sich die englischen Konsumgenossenschaftler und die englische Großhandelsgesellschaft recht nachdrücklich des Bundes an. Das trat zum ersten Male in Manchester in Erscheinung. Es ging jetzt schnell vorwärts. Aus zahlreichen Ländern schlossen sich die Genossenschaften dem Bunde an, und der nächste Kongress in Budapest bewies schon, wie sehr sich die Anschauungen in den Kreisen gewandelt hatten, die der Bund jetzt repräsentierte.

Auf dem Budapest Kongress im Jahre 1904 traten verschiedenartige Auffassungen über das Genossenschaftswesen zwischen der starken Gruppe der Konsumgenossenschaften und Vertretern anderer Genossenschaftsarten hervor, die zum Austritt des deutschen und österreichischen Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften aus dem Bunde führten. Die Kleinbürgerlichen Anschauungen, die jene beiden Organisationen beherrschten, vertrugen sich nicht mit der Betonung der sozialen Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die erst geneigt schienen, dem Bunde beizutreten, sahen hiervon ab und gründeten einen internationalen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverband. Im Internationalen Bunde wurden die Konsumgenossenschaften aus Schlaggebe, denen gegenüber die noch vorhandenen Genossenschaften anderer Art nur eine geringe Bedeutung bestanden. Wie die Geschichte des Bundes zeigt, verdankt er den Konsumvereinen die energischste Förderung seiner Bestrebungen.

Es erwies sich jedoch immer mehr, daß das Statut des Bundes in seiner ursprünglichen Form durchaus nicht mehr den Anforderungen entsprach, die an die Satzungen einer solchen Organisation zu stellen sind. Schon auf dem Genossenschaftskongress in Cremona im Jahre 1907 war beabsichtigt, eine Neorganisation des Statuts vorzunehmen. Verschiedene Umstände verhinderten die Ausführung des Planes, die Organe des Bundes wurden vielmehr damit beauftragt, für den nächsten Kongress eine Statutenänderung vorzubereiten. Das ist denn auch geschehen. Der Hamburger Internationale Genossenschaftskongress hat über das neue Statut endgültig zu beschließen. Das ist die wichtigste Aufgabe, die er zu erledigen hat, sie verleiht ihm die große Bedeutung, die ihn über alle seine Vorgänger emporhebt.

Als Aufgaben des Bundes werden im neuen Statut festgesetzt: Propaganda und Feststellung der genossenschaftlichen Grundsätze und Methoden, Ausbreitung des Genossenschaftswesens in allen Ländern, Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bundesgliedern, Ausbildung und Vereinheitlichung der genossenschaftlichen Statistik, Erstellung von Auskünften und Förderung von Studien über Genossenschaftsfragen und Förderung von Handelsbeziehungen zwischen den genossenschaftlichen Organisationen der verschiedenen Länder. Es ist das ein wesentlich praktisches Programm, das es vermeidet, sich auf irgendwelche Doktrinen festzulegen. Organe des Bundes sind der Kongress, der Zentralvorstand, der Leitende Ausschuss und der Generalsekretär. Das letztere Organ ist neu hinzugekommen, die anderen bestanden auch schon früher. Die Bundesgeschäfte werden in der Hauptsache durch den Zentralvorstand geführt, dem nach der alten Fassung des Statuts 37 Mitglieder aus den verschiedensten dem Bunde angeschlossenen Nationen angehörten. Die neue Fassung nimmt die Beitragsleistung für den Bund als Maßstab für die Verteilung der Sitze im Zentralvorstand. Dadurch wird eine Verringerung der Zahl der Mitglieder im Vorstande herbeigeführt, die durchaus wünschenswert erscheint, und außerdem wird bewirkt, daß das größere genossenschaftliche Interesse, welches in einem Lande herrscht, und die Stärke und Leistungsfähigkeit der genossenschaftlichen Organisationen gebührende Berücksichtigung bei der Zusammensetzung des Vorstandes erfahren. Es ist sicherlich ein nicht unwünschenswerter Zustand, daß Belgien, das jetzt noch nicht einmal die 200 Mk. Beitrag an den Bund aufbringt, die zur Teilnahme an dem Zentralvorstande berechtigten, durch drei Mitglieder in diesem vertreten ist. Alles in allem darf man sagen, daß das neue Statut Bestimmungen enthält, die den Bund aktionsfähig machen und ihn befähigen, die großen Aufgaben zu erfüllen, die er sich gesetzt hat.

Dem Internationalen Genossenschaftsbunde gehören gegenwärtig in 26 verschiedenen Ländern über 900 Genossenschaften an, die etwa 4 1/2 Millionen Mitglieder repräsentieren. Der Bund hat in den letzten Jahren seine Finanzkraft gestärkt und eine Reihe von Einrichtungen geschaffen, die seinen Einfluß und seine Wirksamkeit bedeutend erhöht. Seit mehreren Jahren besteht ein ständiges Sekretariat, das die mannigfaltigen Geschäfte erledigt, die mit einer solchen Organisation verbunden sind. Die genossenschaftliche Propaganda wird planmäßig unterstützt. Allmonatlich wird ein Genossenschaftsbulletin in drei Sprachen verbreitet, ein Jahrbuch des Internationalen Genossenschaftsbundes ist in diesem Jahre zum erstenmal erschienen. Außerdem sind Schritte unternommen worden, um die Konsumvereinszentralen der verschiedenen Länder zum Zusammenwirken beim Bezuge und bei der Herstellung von Produkten zu veranlassen. So zeigt sich reges Leben und Streben im Internationalen Genossenschaftsbund, und die Annahme ist berechtigt, daß dieses durch das neue Statut eine weitere Anregung erfahren werde.

Neben der Statutenberatung standen auf der Tagesordnung des Hamburger Kongresses noch Vorträge über die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Gegenwart und Zukunft, wobei das Konsumvereinswesen, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, das Kredit- und gewerbliche Genossenschaftswesen usw. in besonderen Referaten durch hervorragende Sachkenner der Materie behandelt wurden.

Vom Ausland.

Österreich. Reichenberg. Seit neun Wochen stehen die Kollegen Reichenbergs im Streik. Der Kampf hat in der letzten Zeit sich immer mehr verschärft, da die Unternehmer in einer Reihe von Zeitungen Inserate nach Streikbrechern veröffentlichten. Auch in deutschen Zeitungen erschienen solche Inserate, so daß wir unsere Kollegen dringend warnen, auf diese Lockspise hereinzufallen. Zuzug ist strengstens fernzuhalten!

In Wiener Neustadt sind noch die Werkstätten Korb & Leitner und Hocky & Grabeck gesperrt.

Ungarn. Großarbeiten ist für alle Kollegen gesperrt.

Schweiz. Für Maler sind gesperrt: Dossenbach in Baar, Felslin in Zug, Brühmann in Steckborn, Abhoff in Laufenburg. Für Gipser: Almen-

Briefkasten.

Zur „Hauskassenerfrage“ sind uns noch mehrere Eingekandts zugegangen, die im allgemeinen nur bestätigen, was bereits von verschiedenen Seiten dargelegt wurde. Da jedoch in der Polemik persönliche Momente allzu sehr in den Vordergrund treten, die ganze Frage übrigens auch genügend geklärt ist, können wir die Diskussion hierüber schließen.

Zur Beachtung! Der heutigen Gesamtauflage liegt ein Prospekt der Firma Fr. Weierhausen & Co. in Hamburg bei, worauf wir unsere Kollegen besonders aufmerksam machen.

Sterbetafel.

Regensburg. Am 27. August starb unser Kollege Josef Sudemann im Alter von 25 Jahren an Herzleiden.

Chreieinem Andenken!

Dereinstell.

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 7a des Statuts das Mitglied Hermann Wurm, Buchn. 73028, von der Filiale Nordhausen.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkassse vom 6. bis 12. September.

Eingekandt wurde für die Hauptkassse: Cottbus 200 Mk., Göttingen 110, Kulmbach 70, Gera 200, Düsseldorf 500, Bosen 650, Hagen 100, Altenburg 200, Grlitz 200, Bismar 81.40, Rowaides 200, Halle 900, Würzburg 600, Beuthen 100, Weimar 100, Klauen 400, Freiburg 300, Straßburg 170, Eilenach 200, Gotha 1000 Mark.

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken.

M. M. = Marken-Mappen.

Ex. = Extramarken. D. = Duplikatmarken.

Hamburg 400 B. a 60 S., 400 B. a 20 S., 20 C.; Bochum 50 C.; Bremerhaven 2000 B. a 60 S., 2000 B. a 35 S.; Celle 30 C.; Grefeld 800 B. a 60 S., 1200 B. a 25 S., 50 C.; Düren 400 B. a 50 S.; Forst 4 M.-M.; Frankfurt a. M. 12000 B. a 60 S., 200 C.; Grefzwalb 400 B. a 50 S., 400 B. a 20 S.; Heidelberg 800 B. a 60 S.; Landsberg 200 C.; Leipzig 4000 B. a 60 S.; Luckenwalde 400 B. a 50 S.; Neihe 400 B. a 50 S.; Neuwied 200 B. a 60 S., 30 C., 5 D.; Oranienburg 200 B. a 55 S.; Prenzlau 400 B. a 50 S.; Schwerin 400 B. a 60 S., 1200 B. a 20 S.; Reichenbach 400 B. a 50 S.; Rosenheim 10 C.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen: Schrader Wllh., Buchn. 75 034, bez. bis 8. Woche 10 (Hamburg); Wötter Friedr., Buchn. 62 943, bez. bis 84. W. 10 (Bremen); Sottorf Wllh., Buchn. 70 776, bez. bis 9. W. 10 (Hamburg); Schmidt Moritz, Buchn. 53 525, bez. bis 19. W. 10 (Weißbaden); Weste Aug., Buchn. 61 952, bez. bis 30. W. 10 (Herford); Schubring Friedr., Buchn. 50 357, bez. bis 8. W. 10 (Berlin).

S. Wenker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbetafel

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands (Eingekandtsverzeichn. Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 4. bis 10. Septbr. 1910.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekandt von Hermann-Charlottenburg Mk. 300, Bärner-Altstadt 100, Gerth-Potsdam 100, Raune-Bremen 100, Holl-Weißbaden 100, Doering-Grlitz 100, Sterker-Augsburg 100, Internmann-Dresden 200.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgekandt an: Hbhe-Goslar Mk. 50, Märkisch-Bernau (Mark) 60, Mehrhorn-Gotha 100, Hellmuth-Düsseldorf 150, Aurich-Chemnitz 100.

Krankengelber: Buchn. 28631 F. Möll in Lann am Rhöngebirge Mk. 13.50, Buchn. 36393 R. Wendlandt in Petershagen a. d. Oise Mk. 13.50, Buchn. 30508 F. Steinhof in Rössen 27.—, Buchn. 7699 S. Hartmann in Hoffheim am Taunus 13.50, Buchn. 24318 C. Spielmann in Cassel 13.50, Buchn. 5505 C. Lohmann in Cassel 13.50, Buchn. 28097 B. Winkler in Breslau 13.50, Buchn. 33442 F. Schön in Ost-Großscheln in Ostpreußen 13.50, Buchn. 24388 R. Föde in Cassel 13.50, Buchn. 5479 G. Sprenger in Cassel 13.50.

R. S. Wulle, Hamburga 22, Schmalenbeckerstr. 17.

Anzeigen.

Gasthof Drei Könige, Halle a. S.
 Versammlungs- und Verkehrslokal der Maler
 Bureau im Hause. [N 120]
 Gute saubere Betten mit Bad, Kaffee und
 Brötchen für organisierte Kollegen 35 Pfg.

Malerschule Buxtehude
 Grösste Schule für Dekorationsmaler.
 1907 wieder goldene Medaillen und
 Ehrenpreise.
 Prosp. gratis durch die Direktion.

Malerschule
 für Holz- und Marmorarbeiten sowie
 Kammerzugtechnik
 A. Pritschau Wwe., Dammelsburg (Babern)
 Beginn des Kurzes 15. November bis 1. März.
 1. Preise. Prospekt gratis.

Schule für Holz- u. Marmorarbeiten
 Gustav Bendfeldt, Düsseldorf
 Kruppstrasse 111, III.
 Anmeldungen zu jeder Zeit.

Düsseldorfer Malerschule
 für Dekorationsmaler
 Schule 1. Rang. — Höchste Auszeichnungen.
 Beginn am 15. Oktober. — Eintritt jederzeit.
 Man verlange Prospekt.
 Heinrich Welschede, Düsseldorf-Obercassel
 Obercasselstr. 13.

Malerschule
Heilbronn a. N.
 Leitung: P. Kapell
 4 Lehrer. Prospekt gratis.

Malerschule in Hameln
 Bez. Hannover, unter staatlicher Aufsicht.
 Hauptfächer: Dekorations-, Schreiner-, Holz-
 und Marmorarbeiten. Anerkannt bedeutende
 Erfolge durch das besttätigte Fachlehrerpersonal.
 Getrennte Lehrpläne. Frequenz
 im W. S. 1909/10 70 Schüler.
 Prosp. umsonst b. d. Schulleitung C. Nordmann.

Detmolder Malerschule
 für Dekoration, Holz und
 Marmor etc. Prospekt frei.

Unübertroffen
 blieben meine Holz- und Marmor-
 malereien ohne Ausnahme auf allen
 Malertagen. Dieselben erhielten, wo
 sie ausgestellt waren, nur erste Preise
 oder die höchsten Auszeichnungen etc.
Holz- und Marmorschule von
C. Christen in Hamburg 24
 67 Ifflandstrasse 67
 Prospekt über Tages- u. Abendschule gratis.

Malerschule Gotha
 Mäßiges Schulgeld.
 Letzte Auszeichnungen:
 Staatspreis Gera 1909
 Gold. Medaille Nordhausen 1910
 Prosp. d. d. Schulleitung P. Teichgräber.
 Neu: Holz- und Marmor-Unterricht.

Malerschule zu Bremerhaven
 von
 C. H. Dreier Grabenstraße Nr. 22
 Schule für Dekorations-Malerei, Holz
 und Marmor, Schriften. Prospekt
 gratis und franko. Wintersemester
 vom 1. November bis 31. März.

Schule für Holz- u.
Marmor-Malerei
M. NABEN
Düsseldorf
 = Gegründet 1896 =
 Prämiert mit höchsten Auszeichnungen und
 Medaille. — Von mir ausgebildete Schüler
 erhielten erste Preise und Medaillen.
 Semester vom 1. November bis 1. März.
 Auf Wunsch 8 Tage Probe-Unterricht gratis.

Malerschule zu Hamburg
 Wilhelm Schütze, Beim Strohhause 12
 Reich illustr. Prospekt gratis

SCHRIFTMALEN
 Abends: Dienstags } 7-10 Uhr } monatlich
 Freitags } } Mk. 6.—
 Sonntags: von 9-12 Uhr . . . }
 Jeder Maler muss die einfachsten und gebräuchlichsten Schriften beherrschen.
 Deshalb benutzen Sie diese paar Stunden, es wird Ihnen diese kleine
 Ausgabe hundertfach wieder einkommen.

1. Bergische Spezial-Fachschule für Holz- und Marmor-Malerei
 Carl Reichenberg & Remscheid (Rhld.)
 Inhaber vieler Ehren-Diplome, Medaillen und 1. Preise

6 Schüler erhielten 1909/10 wieder höchste Auszeichnungen:
 Ehren-Dipl., Geld-, Kammer- u. Staatspreise etc. auf Ausstellungen
 zuerkannt. Ständig grösste Erfolge. Malertag Nordhausen 1910 wieder 1. Preis.
 Man verlange die reich illustr. Prospekte umsonst. Wintersemester 1909/10 48 Schüler.
 Garantie für jede Ausbildung. Leiter der Kurse der organisierten Gehilfenschaft.

Unwahr
 erschienen früher manchem die Mitteilungen, dass jeder (selbst gering Begabte) in der Schule „Schott“-Schwerin nur 1 Monat Unterricht zur gründlichen Erlernung der notwendigsten Holz- oder Marmor-Arten für die Praxis bedürfe. Jedoch

die grossen Erfolge
 der Schüler, deren Leistungen nach 2-, 3- u. 4-wöchigem Unterricht auf den diesjährigen Malerfachausstellungen Norddeutschlands und Dänemarks, in Schwerin mit dem 1. Preise prämiert und in Kiel mit der höchsten Auszeichnung bewertet wurden, sowie in Kopenhagen und Aarhus hohe Anerkennung fanden, bewiesen wiederum die

Tatsache, dass es möglich ist, in der kurzen Zeit von **nur 1 Monat Unterricht**

6 der notwendigsten Holz- oder 4 der gangbarsten Marmorarten bei Fr. Schott, Schwerin i. M., naturgetreu und praktisch zu erlernen.
 Beginn dieser 1 Monatskurse: 15. Oktober d. J. bis 15. März n. J.

**„Warum nur 1 Monat Unterricht in der Spezial-
 schule „Schott“-Schwerin i. M.“**
 Die Antwort hierauf sowie alles nähere über die neu eingeführten unentbehrlichen mod. Dekorations-, Glasätz-, Reklameschriften-, chemischen Holzboiz-Techniken usw. ist aus dem neuen Prospekt ersichtlich. — Jeder, auch Nichtreflektant, verlange den neuen illustrierten Prospekt mit Schülerarbeiten gratis und franko von

Fr. Schott, Schwerin i. M. 5.
 In Hamburg bei der altbekannten Lack- und Farbenhandlung von Gebr. Borchstedt, Lindenstrasse 21, sind gegenwärtig im Schaufenster verschiedene der 1910 mit erstem Preis prämierten Arbeiten der Schüler von der Spezialschule „Schott“ ausgestellt und steht jedermann die Besichtigung der weiteren Schülerarbeiten im Geschäftslokale dieser Firma ohne Kaufzwang frei.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.
 Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondin
 versendet gratis und franko
 Mahler & Co., Bamberg II.

Die grossen Erfolge
 welche unser Institut auch im letzten Semester zu verzeichnen hatte, bestehen darin, dass die Leistungen unserer Schüler auf verschiedenen Malertagen die höchsten Preise erhielten und heute schon zwei Herren die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst erlangten.

Schule für Holz- und Marmorarbeiten und moderne Techniken von
Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5
 Lindenstrasse 19.
 Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Man verlange Prospekt.

Zentrum
 treffen Sie, wenn Sie
 unsere Oelporträts nach irgend einer Photographie vergrössert, künstlerisch nach patentiertem Verfahren hergestellt, an das Publikum zu 27.50 bis Mk. 100.— verkaufen. Jeder Mensch hat gern ein Oelbild von dem ihm Nahestehenden. Wir liefern Ihnen sprechend ähnliche Oelporträts 30/40 cm zu Mk. 10.—, andere Grössen zu anderen entsprechenden Preisen.

Einkauf Mk. 10
 Verkauf Mk. 27.50 bis Mk. 100.—
R. Swierzy, G.m.b.H., Berlin S42,
 Oranienstrasse 70.
 — Näheres gratis und franko. —

Gratis und franko
 erhalten Sie d. künstl. reich ill. Prospekt d. Neuen **prachtvoll. Schülerarbeiten** vom kunstgewerblichen **Institut für Maler** (erste schweiz. Malerschule) **H. Schmid-Engweiler, Zürich**
 Porto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karten 10 Pf.

Buchstaben-Pausen, womit jeder Kol. sofort die elegantesten Schilder und Schriften schreiben kann. Kollektion von 7 Doppel-alphabeten, große und kleine Buchstaben, zusammen 410 Buchstaben, nur 3.75 Mark. Probe-Kollektion, 3 Doppelalphabete, 162 Buchstaben, nur 1.75 Mk. unter Nachnahme.

Praktisch. — Einmalige Aufgussung. — Billig. — Immer verwendbar.
Albert Hutmacher, Silden (Hsb.).

Nur 1 Mark (Porto 20 Pfg. extra) anstatt 4 Mark kostet jetzt das Werk: **Blumenschule.**
 Leichte Vorlagen für den Selbstunterricht (Umrissblätter zum Ausmalen, Zwischenstufen, Untermalung und Schattierung). 16 Tafeln und Text von J. Höppner. Vorrat gering. Deshalb umgehende Bestellung erforderlich. E. Haberland, Leipzig-R. 101.

Mod. pratt. Schriftenheft
 1,50 Mk. und 80 Pfg., ferner Anleitung zum Schrifteinteilen von 2.70 Mk., Schriftenheft mit 100 versch. Schriften von Reihe 2,50 Mk., 20 Oelstüben 4 Mk., Malerlössen und Malerleider billig.
P. Steet,
 Nürnberg, Ob. Wörthstr. 18.
 50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—
 Landschaften, Blumen, Frucht- und Seestücke etc.
Ph. Brühl, Gießen i. Westf.

Halle a. S.
Maler-Mäntel
 mit schräg. Taschen u. Fingerringhalter, nur eigene Fabrikate, la. Verarbeitung.
 Alle Mäntelgrößen gleicher Preis.
 Qual. IV Mk. 2.— Qual. III Mk. 2,50, Qual. II Mk. 3.— Qual. I Mk. 4.—
 Qual. Extra hell, dunkle Farbe Mk. 3,50
 Dreil-Hosen Mk. 1,75, 2,50, 3.—
 Dreil-Jacken Mk. 2.—, 2,75, 3,50
 — Bitte Mäntelgrösse. —
Julius Hammerschlag
 Halle a. S., Gr. Marktstr. 38.
 Halle a. S.

Maler-Mäntel,
 beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegeflappen. Nur eigenes Fabrikat.

110	120	130	140	cm lang
jetzt 2,90	3,10	3,25	3,40	Mk.

Hosen 2.— Mk., Mützen 40 P., reinleiniene Militär-Dreil-Hosen und -Jacken à 3.— Mk., Extra-Größen 3,30 Mk. II. Qual. 25 P. billiger.
 Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.
D. Wuzel & Co., Berlin,
 Brückenstraße 13, I.

Maler-Rittel
 -Jacken, -Hosen, -Mützen, -Schuhe usw. kaufen Sie am besten und billigsten in dem größten Spezial-Geschäft für **Berufs-Kleidung**
Kohnen & Jöring, Berlin,
 Hauptgesch. u. Versand Alexanderstr. 12
 Berl. Sie freie Zusendung unser. Preisliste

Jeder Fachmann kauft seine Arbeitskleidung direkt im Spezialgeschäft von **Ad. Wecker, Berlin C., Mühlendamm 3,** überzeugen Sie sich durch Probe-Auftrag. Nur 1a Stoffe u. Verarbeitung. Preisliste frei.

— ORIGINAL — Grösstes Spezial-Haus Deutschlands
M. Mosberg BIELEFELD
 Bestbewährte **Kleidung für Maler Lackierer etc.**
 Direkter Versand ab Fabrik an jedermann. — Preislisten gratis. Verkaufsstellen in fast allen Orten, kenntlich durch nebenstehendes Plakat.

M. Mosberg & Bielefeld
 Spezialfabrik für Berufsbekleidung.
 Zur Beachtung! Meine echten, weltberühmten Fabrikate haben alle neben der bekannten Schutzmarke den Namen „Original M. Mosberg“ eingetragt, was Sie sich bei jedem Einkauf unbedingt zeigen lassen wollen. Garderoben ohne diese Marke sind nicht von mir.

— Büding's —
Maleranzug
 „In Sinem“
 D. R. G. M.
 Unerreicht in Zweckmäßigkeit und Billigkeit.
 Vollkommenster Anzug der Welt.
 Generalvertrieb für Deutschland:
George Evans
 Ernst Meckstr. 18
 Hamburg.

Prima Hanfschuhe
 garantiert nagelfrei
 18/20 cm 75 Pfg.
 21/23 cm 80 Pfg., 24/31 cm 85 Pfg., bel 10 Paar (1 Postpaket) 5 Pfg. billiger lief. geg. Nachnahme
Emil Götsch, Pantoffelfabrik
 Braunschweig, Auguststraße 34.
 Der heutigen Nummer liegt die Nr. 96 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.
 Für die Redaktion verantwortlich W. Martz
 Hamburg, Schmalenbeckerstraße 17.
 Verlag von S. Wentker, Hamburg 22.
 Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.